

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionssitz: Riesa.

Bureau Nr. 20.

Redaktionssitz: Leipzig 21200.

Strasse Riesa Nr. 12.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 23.

Donnerstag, 29. Januar 1920, abends.

73. Jahrg.

**Berfügung, betreffend den Beirat der Landestelle für Textilnotstandsversorgung.**

Vom 24. Januar 1920.

I. Der von der Landestelle für Textilnotstandsversorgung durch Verfügung des Wirtschaftsministeriums vom 24. Januar 1920 beigelegende Beirat setzt sich zusammen aus:

1. einem Vertreter der Kommunalverbände, unter denen sich je ein Vertreter der großstädtischen, der mittelständischen und der ländlichen Kommunalverbände befinden muss;
2. dem Bevollmächtigten der Textilnotstandsversorgungs-G. m. b. H. in Berlin für Sachsen;
3. je einem Vertreter der sächsischen Reichskleiderläger und des Textileinzelhandels;
4. einem Vertreter der verordnungsberechtigten Anstalten und Behörden;
5. einem Vertreter der Landwirtschaft;
6. einem Vertreter der verordnungsberechtigten friedensmilitärischen Industriebetriebe; zu 5. und 6.: von diesen zwei Vertretern muss der eine ein Arbeitgebervertreter, der andere ein Arbeitnehmervertreter sein;
7. drei Vertretern, die im Ritter 4-6 nicht bereits aufgelisteten Verbandsverbreitern;
8. fünf Vertretern des beteiligten Fertigungsgremiens, von denen je ein Vertreter der Oberfleißerfabrikation, der Webefabrikation, der Detaillkonfektion, dem Schneider- und dem Schuhmachergewerbe angehören muss.

Die Mitglieder des Beirates werden vom Wirtschaftsministerium, Abteilung für Handel und Gewerbe, zu 4. auf Vorschlag des Ministeriums des Innern, IV. Abteilung, zu 5. auf Vorschlag des Wirtschaftsministeriums, V. Abteilung und zu 1., 3., 6.-8. auf Vorschlag der Landestelle für Textilnotstandsversorgung berufen.

II. Der Beirat hat die Landestelle zu berufen.

Er ist zu diesem Zweck, soweit dies nicht wegen der Dringlichkeit der Sache unumgänglich ist, zu hören.

1. zu Fragen von allgemeiner und grundsätzlicher Bedeutung,
2. zu wichtigen Beschlüssen und Vorstellungen gegen Versagungen oder sonstige Maßnahmen der Landestelle.

III. Dem Beirat ist von Zeit zu Zeit über die Tätigkeit der Landestelle Bericht zu erstatten.

IV. Der Beirat hat das Recht

- a) Anträge an die Landestelle zu richten und im Falle ihrer Ablehnung die Weiterleitung an den Kommissar des Wirtschaftsministeriums zu verlangen;
- b) um Auskunft über einzelne Angelegenheiten im Geschäftsbereich der Landestelle zu erfragen.

V. Der Beirat wird vom Vorsitzenden zu den Sitzungen einberufen. Bei Fragen, die nur einzelne Gruppen oder Interessentreire berühren, sieht es dem Vorsitzenden frei, nur die Vertreter dieser Gruppen oder Kreise einzuberufen.

Wird von einem Vertreter der Mitglieder der Zusammentritt beantragt, so hat der Vorsitzende den Beirat binnen 1 Woche einzuberufen.

VI. Der Kommissar des Wirtschaftsministeriums ist zu allen Sitzungen des Beirates einzuladen.

Er hat das Recht, die Beschlüsse und Maßnahmen des Beirates wegen Verlegung der Geleite oder wesentlicher öffentlicher Interessen zu beanstanden. Die Ausführung der beanstandeten Beschlüsse und Maßnahmen hat zu unterbleiben. Über die Ausrechtheraltung der Beanstandung entscheidet das Wirtschaftsministerium nach Anhörung der Landestelle für Textilnotstandsversorgung.

Wird eine von dem Beirat getroffene oder beabsichtigte Maßnahme beanstanden, oder unterbleibt eine vom Kommissar zur Verbüßung der Verlegung der Geleite oder wesentlicher öffentlicher Interessen verlangte Maßnahme, so kann das Wirtschaftsministerium, sofern innerhalb angemessener Zeit eine von ihm gebilligte Maßnahme nicht erfolgt, seinerseits entsprechende Maßnahmen treffen.

VII. Über die Verhandlungen des Beirates ist eine Niederschrift anzufertigen, in die insbesondere die Verhandlungszzeit, die Verhandlungsgegenstände, wichtige Anträge, die gezahlten Beiträge und das Stimmenverhältnis aufzunehmen sind, und die vom Vorsitzenden und vom Vorsitzenden zu unterschreiben ist.

VIII. Der Beirat beschließt nach absolnter Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder.

Der Vorsitzende hat bei der Beschlussfassung keine Stimme.

IX. Die Tätigkeit der Beiratsmitglieder ist ehrenamtlich. Der notwendige Kleideraufwand ist ihnen von denjenigen Hochgruppen bzw. Interessentreire zu erstatten, die die Vorschläge für ihre Ernenntung bei der Landestelle eingereicht haben. Für die Vertreter der Kommunalverbände haben diese anteilig die Kosten zu erstatte. Die Gestaltung der Kosten für den Vertreter der verordnungsberechtigten Anstalten und Behörden regelt das Ministerium des Innern, IV. Abteilung.

Wirtschaftsministerium.

Für den Minister: Dr. Klien.

**Berfügung, betreffend Errichtung einer Landestelle für Textilnotstandsversorgung.**

Vom 24. Januar 1920.

§ 1. Für die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung des Freistaates Sachsen mit Kleidung und Schuhwerk wird als besondere Landesbehörde eine Landestelle für Textilnotstandsversorgung errichtet, die ihren Sitz in Dresden hat.

Die Landestelle ist dem Wirtschaftsministerium unterstellt, das durch einen Kommissar eine ständige Aufsicht ausübt.

Für den Dienstbetrieb der Landestelle ist eine Geschäftsordnung aufzustellen, die der Genehmigung des Wirtschaftsministeriums bedarf.

§ 2. Der Landestelle wird ein Beirat beigegeben, der aus 18 Mitgliedern und der gleichen Anzahl von Stellvertretern besteht, die vom Wirtschaftsministerium auf die Dauer von einem Jahr ernannt werden. Der Vorstand der Landestelle führt den Vorsitz im Beirat. Die näheren Bestimmungen über die Zusammensetzung und die Beauftragte des Beirates werden in einer besonderen Verordnung getroffen.

Die Landestelle kann zur Erledigung bestimmter Aufgaben Ausschüsse bilden und hierzu auch Personen, die nicht Mitglieder des Beirates sind, zusieben. Sie kann auch im übrigen jederzeit zu den Beratungen Sachverständige und Auskunftspersonen, die dem Beirat nicht angehören, zusieben.

§ 3. Der Landestelle werden die bisher von den Landeszentralbehörden wahrgenommenen Aufgaben auf dem Gebiete der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Bekleidung und Schuhwerk übertragen. Sie hat insbesondere die Beschaffung, Verwaltung, Verarbeitung und Verteilung der der Notstandsversorgung dienenden Waren zu regeln und zu überwachen.

Die Landestelle hat ferner die Kommunalverbände und die Gemeindebehörden bei Erfüllung ihrer Aufgaben auf dem in Artikel 1 bezeichneten Gebiete zu beaufsichtigen und zu unterstützen, sowie für die einheitliche Durchführung der bestehenden Vorschriften Sorge zu tragen.

Das Wirtschaftsministerium kann der Landestelle auch andere mit der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Kleidung und Schuhwerk zusammenhängende Aufgaben zuweisen.

§ 4. Die Kommunalverbände und die Gemeindebehörden haben der Landestelle und deren Beauftragten auf Erfordernis Auskunft zu erteilen und Alterseinsicht zu gewähren. Sie haben den Anweisungen der Landestelle Folge zu leisten.

Die Landestelle wird auf Grund von § 1 der Bekanntmachung über Auskunftsplicht vom 12. Juli 1917 (R. O. Bl. S. 604) ermächtigt, die in dieser Bekanntmachung bezeichneten Rechte zum Zwecke der Durchführung der ihr gestellten Aufgaben auszuüben. Die diesen Rechten entsprechende Verschwiegenheitspflicht gilt auch für die Angehörigen der Landestelle und die Mitglieder des Beirates.

§ 5. Die Kosten der Landestelle werden auf die Kommunalverbände anteilig umgelegt. Zur Deckung dieser Kosten und des ihnen selbst entstehenden notwendigen Geschäftsaufwandes sind die Kommunalverbände berechtigt, mit Genehmigung des Wirtschaftsministeriums Zuschläge zu erheben.

Wirtschaftsministerium.

94 o III Kr 1 A

Für den Minister: Dr. Klien. 15253

Zusammenhang der Erhöhung der Umlaufsteuer werden die Kleinverkaufspreise für Fleisch und Wurst wie folgt neu festgesetzt:

a) Rindfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage 3.28 Mr. für das Pfund,

b) Kalbfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage 2.56 " " "

c) Blut und Leberwurst 3.70 " " "

Von dem in dieser Woche zur Verteilung kommenden Schweinefleisch sollen 60 Gramm 80 Pfennige.

Wer diese Höchstpreise überschreitet, wird mit Gefangen bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Außerdem ist die Unterlieferung des Handelsbetriebes wegen Unzuverlässigkeit zu gewürgen.

Die vorstehenden Bestimmungen treten sofort in Kraft.

Großenhain, am 28. Januar 1920.

51 o V.

Der Kommunalverband.

Hundesteuer in Gröba.

Nachdem die Steuermarken eingegangen sind, fordern wir alle Steuerpflichtigen auf, die Hundesteuer bis spätestens

den 7. Februar 1920

an unsere Steuerkasse, Zimmer Nr. 5, zu entrichten.

Nach Ablauf dieser Frist erfolgt zwangsläufig Verreibung.

Gröba (Elbe), am 29. Januar 1920.

Der Gemeindevorstand.

## Verfügtes und Sumpfiges.

Riesa, den 29. Januar 1920.

—\* Erhöhung des Güter- und Tiertarifes auf 100 Prozent. Die deutschen Regierungen mit Staatsbahndienst haben mit Rücksicht auf die fortgesetzten Steigerungen für Ausgaben infolge der Erhöhungen der Beziehe der Beamten und Arbeiter und der Materialkreise beschlossen, zum 1. März 1920 eine allgemeine Erhöhung des Güter- und Tiertarifes auf 100 Prozent einzutreten zu lassen. Die dringende Notwendigkeit, die Erhöhung sofort durchzuführen, haben die Regierungen gezwungen, aus diesmal wieder die Form der provisorischen Tarifserhöhung zu wählen. Die ständige Tarifkommission und der Ausschuss der Verkehrsinteressen sind mit der systematischen Einarbeitung der seit Kriegsende eingetretenen Tarifserhöhungen der Güter- und Tiertarife beschäftigt. Auch eine Erhöhung der Personentarife ist grundätzlich beschlossen worden. Über das Maß der Erhöhung und den Zeitpunkt ihrer Durchführung sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

—\* Verein für Volksbildung e. V. Im Volkshaus Land am 26. Jan. die Hauptversammlung des Vereins für Volksbildung und Kunstmühle statt. Der Verein besteht seit dem 1. September und zählt augenblicklich 40 fördernde Mitglieder (Gemeinden, Vereine usw.) und 165 Einzelmitglieder. Aus dem Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, daß der Vorstand und die Unterausschüsse für Theater und Konzert, Volksbildungskultur, Ausstellungen, Jugendbildung, Büchervereinigung in den 4 Monaten der Berichtszeit umfangreiche Arbeit geleistet haben: 2 Konzerte des Chemnitzer Philharmonischen Orchesters, 2 Morgenstern, 3 Wiederholungsmittage in Riesa, 2 in Gröba, zahlreiche Aufführungen des Stadttheaters, 1 Aufführung der Betreuungsförderung (Biberpol), 1 Jugendvorstellung (Wilhelm Tell), 2 Einschreibungen in das Wagnerkonzert, 2 Einschreibungen in Riesa (Hofrat Seiffert, Dresden, Dr. Höhner, Riesa), 1 in Gröba (Ludwig Richter, Herr Oberlehrer). Volksbildungskultur fanden 5 statt; Volksbildung-

schule (242 Teilnehmer), Freie Rede (155), Chemie (40), Einf. i. d. Elektrotechnik (91), Operario (81). Die Kurse mußten mehrfach geteilt werden. Aus dem Rassenbericht geht hervor, daß Ausgaben in Höhe von 1991,40 Mr. 8508,45 Mr. Einnahmen gegenüberstehen. Der günstige Abschluß beruht darauf, daß die Mitgliedsbeiträge für das ganze Jahr erhoben worden sind, die Ausgaben dagegen sich nur auf 4 Monate erstrecken. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Lehrer Günther (1. Vor.), Ober. Heinrich (2. Vor.), Ostar. Wals, Gröba (1. Kassierer), Abteilungsleiter Lorenz, Gröba (2. Kassierer), Dr. Wuttke, Gröba (Schriftführer), Bergkunst Schoppmann, Vorsitzender des Gewerkschaftsrates Lehner (Viehmarktverleiher). Die Unterausschüsse blieben in der gleichen Zusammensetzung bestehen. Neubildungswahl wurde die Herren Weißbach, Gröba und Lehrer Günther II, Riesa. In der Aussprache wurden eine Anzahl Wünsche gedehnt (mehr kleinere Veranstaltungen, Vorträgervorlesungen, Volksschulerabende, größere Vergnügungen f. d. Einzelmitglieder). Zum Schluß entwickelte der Vorsitzende die Pläne für die nächste Zeit (Volksbildungskultur, Gottfried Kellerabend).

—\* Volksbildungskultur. Am Freitag, 7. Uhr abends beginnt im Physizimmer der Oberrealschule der Kurzus. Lekt. und Sachen, Herr Prof. Börner. Der Kurzus umfaßt 8 Abende. Zahlreiche Experimente werden vorgeführt werden. Karten in Riesa: Wulfkamp, Hoffmann, Wolfsbach, Konsum, in Gröba: Konsumverein.

—\* Für die aus der Volkskammer ausgeschiedenen Abgeordneten treten als Erziehende Frau Dr. Bell-Libby und Bürgermeister Paul Barthel aus Lunzenau in die Kammer ein.

—\* Fünf Jahre Brotkarte. Dieser Tage werden es fünf Jahre seit der Brotkarte eingeführt wurde. Am 25. Januar 1915 wurde im ganzen Reich angeordnet, daß fortan die Abgabe von Brot und Mehl nur noch gegen Karten bzw. Kartenabzüsse zu entrichten habe, mit anderen Worten, daß das Brot rationiert werde. Damals glaubte wohl niemand, daß nach fünf Jahren diese Einrichtung weiter bestehen geblieben sein würde, doch vor allem auch nach dem Ende des Krieges von einer Befreiung dieses Kartensystems auf weiteste Abstande hinaus leider noch keine Seele sein konnte.

—\* Die belohnten Hartgeldhamster. Seitdem die Regierung den Silberkaufvertrag bekannt gegeben hat, ist das Silber unerhort im Preise gestiegen. Denn mit der Regierung konkurrierten nicht nur zahlreiche Metallstullen, sondern fast jeder Juwelier sucht heutzutage Silbergeld ins Tropf zu bringen. Für eine Mark wird jetzt schon zwölfe Mark Papiergeld bezahlt, für das Zweck und Dreimarkstück dementprechend mehr. Für den Erlös, den man heutzutage für ein einzelnes Zwanzigmärkstück erhält, konnte man in früheren Jahren eine vierwöchentliche Erholungsreise in die Alpen wagen. Verschiedene Schlechthändler zahlen nämlich schon fünfhundert Mark dafür. Wo diese Wertsteigerung des edlen Metalls hin führen soll, ist vorläufig nicht abzusehen. Tatsache ist jedenfalls, daß die während des Krieges als unpatriotisch verachtete Hamster von Hartgeld heutzutage, wenn auch nicht goldene, so doch „papierene“ Früchte von ungeheurer Größe trägt.

—\* Die Neuordnung der öffentlichen Fürsorge in Dresden. Die vom Rat der Stadt ausgearbeitete Vorlage über die Neuordnung der öffentlichen Fürsorge in Dresden liegt nunmehr dem Stadtvorstandekollegium vor. Aus derselben sind hauptsächlich drei Gesichtspunkte hervorzuheben, die 1. den Übergang von der bisherigen, grundlegend nur den sogenannten Notbedarf gewährenden Armenpflege zur sogenannten vorbeugenden Fürsorge, 2. den Ausbau der vorbeugenden Fürsorge und 3. die Organisation treffen. Die vorbeugende Fürsorge soll einen drohenden Notstand möglichst frühzeitig zu erfassen und in seinen Wirkungen aufzuhören suchen. Dazu ist notwendig erforderlich, daß nicht abgewartet wird, bis die Not aus äußerste gekriegt ist, und daß deshalb auch mehr als der Notbedarf gewahrt wird. Um die vorbeugende Fürsorge auszubauen, wird ein enges Zusammenarbeiten mit der privaten Hilfsstätigkeit notwendig sein, in deren

Während die Fürsorge schon zu einem großen Teil gelegen hat, einschließlich der Organisation wird dazu übergegangen, neben den ehrenamtlichen Gemeinschaften auch hauptamtlich angestellte, sozial ausgebildete Fürsorger einzurichten, die in erster Linie neu auftretende Fälle zu begegnen haben. Schließlich ist noch zu bemerken, daß der Staat bestreben hat, daß Fürsorgeamt, entgegen dem ursprünglichen Vor schlag, nicht "Kinderfürsorgeamt", sondern mit Rücksicht auf das in Preußen und im Reiche in Vorbereitung befindliche Gesetz "Jugendamt" zu nennen.

Durch das fortgesetzte Sprunghohe Steigen der Holzpreise drohen der gemeinnützigen Kleinwohnungsbautätigkeit ernste Gefahren. Alle diesbezüglichen Bauherren, die etwa befürchteten müssen, daß die Durchführung der von ihnen bereits geplanten, bereits im Angriff genommenen Kleinwohnungsbauten daran scheitern werde, daß das Holz nicht zu angemessenen Preisen zu erhalten ist, seien deshalb besonders auf die vom Reichswirtschaftsminister am 9. Dezember 1919 erlassene „Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnott“ hingewiesen, die den Bezirkswohnungskommissar die Handhabe bietet, zugunsten eines bestimmten Baubehabenden Holz zu enteignen oder zu beschlagnahmen. Unter Umständen kann auch das Landeswehramt um eine Nachprüfung der Angemessenheit der Zulieferer angedringen werden.

Winterbeihilfen für notleidende Kriegsüberlebende. Demnächst wird durch die Bezirks- und Ortsämter für die Kriegerfürsorge den notleidenden Kriegshinterbliebenen im Freistaate Sachsen eine weitere Rente der Winterbeihilfen und zwar dieserzeit für den Monat Dezember 1919 ausgezahlt werden. Auch dieses Mal hat es sich leider nicht ermöglichen lassen, Einzelbeträge anzugeben, die zur Verteilung der notwendigsten Lebensbedürfnisse ausreichen. Das hat seinen Grund darin, daß das Reichsarbeitsministerium die Prüfung der Bebarthaussammlungen für die Winterbeihilfen der einzelnen deutschen Hauptkriegsgebieten noch nicht hat abschließen können. Bevor hier nichts geschehen ist, kann das Reichsarbeitsministerium zu einer Verteilung der Mittel noch dem Bedarfsmahdabe nicht vertrauen, sondern muß die den einzelnen Ländern zuzuweisenden Beträge auf Grund der Bevölkerungszahl von 1910 errechnen. Dementsprechend kann auch das Landesamt für Kriegerfürsorge die Unterverteilung der Gelder auf die Bezirks- und Ortsämter nur in derselben Weise vornehmen. Das Reichsarbeitsministerium verzichtet sich imbessem selbst nicht der Tatsache, daß dieser Verteilungsmethodus, bei die Frage der verschiedenen Bedürfnisse völlig außer acht läßt, große Härten in sich schlägt und hat in Aussicht gestellt, die nächste Verteilung der Winterbeihilfen unter dem Gesichtspunkte des Bedarfs vorzunehmen.

— Zur erhabten Ausmahlung des Brat-  
getreides schreibt das Wirtschaftsministerium: Die  
Weisheitsgetreidestelle hat den Ausmahlungsab für Brozge-  
treide auf 80, für Weizen auf 85 Prozent herausgesetzt. Da-  
mit sind in Beachtung einer zwingenden Notwendigkeit  
aber nicht die früheren Tage wieder erreicht, immerhin aber  
ist der jetzt eingeführte bessere Zustand als noch nicht  
auf die Dauer haltbar wieder bestätigt worden. Den Grund  
an dieser Maßnahme erkennt jeder, nachdem in den letzten  
Wochen die beweislegenden Berichte über unsere Broz-  
versorgung nicht nachlassen wollten. Von der Reichsstelle  
ist jetzt erklärt worden, daß solche Berichte in dem Umfang,  
wie sie erhoben wurden, nicht begründet sind; es ist aber  
noch nicht verschwiegen worden, daß eine ernste Lage besteht,  
der man bezügliche Rücksicht tragen muß. Die Erzielung  
dah nach bedeutendem Erfülldruck in den Getreideablieferun-  
gen eine Elokution eintritt, ist an und für sich in jedem Jahre  
aufzutreten; sie erklärt sich ebenso durch die Herbstbeliefe-  
lung und zweitens durch die Hochrechnete. Gewöhnlich  
tritt diese Pause Mitte Oktober ein und dauert bis Mitte  
Dezember. Auch darin hat die diesjährige Witterung eine  
Beschleidung bewirkt; die Ablieferungen gingen diesmal  
bis Ende Oktober lebhaft, lichen dann nach und waren bis  
Ende Dezember gering. Mit Beginn des neuen Jahres  
hätte man mit härteren Ablieferungsprämiensystem eingerichtet wor-  
den war. Trotzdem liegen die Lieferungen auch in der  
ersten Hälfte des Januars nur ganz unwesentlich. Der  
Grund dafür liegt hauptsächlich an dem Kohlenmangel, der  
den Bahnwirten das Ausdreschen erschwert. Nur seit je  
war für mehrere Wochen noch Betriebe vorhanden, und man  
wird auch hoffen dürfen, daß sich die Wirkungen des Abliefe-  
rungsprämiensystems erst noch richtig bemerkbar machen;  
aber Vorsichtsmäßregeln schienen in jedem Falle nicht mehr  
zu umgehen. Die grüte Hoffnung auf die Zukunft wird  
man auf die Maßnahmen setzen müssen, die zur Besserung  
der Kohlenversorgung neuerdings getroffen worden sind;  
doch ihre Wirkung hat sich naturgemäß bisher nicht zeigen  
können.

—\* Hundertprozentiger Bushdag zur Einkommensteuer für den Zwischenstaat. Der Holländer ist eine Regierungsvorlage ausgegangen, nach der für den 3. Termin des Rechnungsjahres 1919 (15. Februar 1920) ein besonderer Bushdag von 100 Prozent zur Einkommensteuer erhoben werden sollte. Ferner wird das Finanzministerium ermächtigt, über den Betrag von 600 Millionen Mark zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Finanzaufträge nach Bedarf weitere unverbindliche Schapanweiterungen im Höchstmaß von 20 Millionen Mark auszuführen.

— " Ministerpräsident Dr. Grabmayer in der Universität Leipzig. Neben dem Besuch der Universität Leipzig durch den Ministerpräsidenten Dr. Grabmayer, bei dem Rätselminister Dr. Gennert begleitet war, teilte man uns mit, daß der Ministerpräsident auf die Begrüßungsansprache des Rektors erwähnte, er erkenne momentan die Bedeutung einer freien Entwicklung des akademischen Lebens voll an. Die Regierung beglückigte nicht, von außen her reglementierend einzutreten. Er habe das Vertrauen, daß die notwendigen Reformen aus den Bedürfnissen der Hochschule selbst herauswachsen und so ihr Selbst angeregt werden würden. Um diese Entwicklung schloß sich ein kurzer Kündgang durch das Universitätsgebäude, wobei namentlich Klingers Gemälde in der Aula besichtigt wurden und eine angenehme Ausspanne zwischen den beiden Ministern und den Vertretern der Universität, in der die wichtigeren schwiebenden Fragen des Hochschulwesens berichtet wurden. Die Schilderung der Kostenände, unter denen die Studentenschaft zu leiden hat, rührte bei den Ministerpräsidenten einen besonderen Eintrag. Er überwies wenige Tage später eine größere Summe aus seinem Dispositionsfond, um sein Interesse an diesen Fragen auch praktisch zu bekennen.

—\* Gewerbebammerung. Die Gewerbelam-  
mer Dresden hielt gestern eine öffentliche Gesamtbüthung  
d. u. a. erhaltene der Syndikus Dr. Kuge einen aus-  
führlichen Bericht über die Tätigkeit des Kammer seit der  
letzten Gesamtbüthung am 1. Dezember 1919, aus dem fol-  
gendes hervorgeheben ist: Um Rindfleisch auf die Arbeits-  
mehrheit im Fleischer- und im Bädergewerbe sind über  
die Zahl der tägliche einzustellenden Belegschaften einstimmige  
Beschließungen getroffen worden. Zur ersten, ob  
Beschließung, deren allgemeine Bindlichkeit erfüllt wer-  
den sollte, im Dresdner Bezirk überwiegende Bedeutung  
besaß haben, hatte sich die Kammer wiederholt zusammengesetzt  
zu erhalten. In einer Reihe von Sitzungen habe sich bei den  
Bemühungen aus dem Zuständigkeitsbereiche der Kammer  
eine gewisse Verhinderung nicht gezeigt. Da handelt

Wirtschaft in Klein- und Mittelbetrieben bedeutet anders als in Großbetrieben liegen. Beim Wirtschaftsministerium beantragte die Kammer obsoletige Maßnahmen zur Verbesserung des von Tag zu Tag steigenden Mangels an Kugeln. In der Verteilung von Rohstoffen an das Handwerk waren die Kammer und das Wirtschaftsministerium weiter klar. Metallarbeitsbetriebene Handwerksbetriebe wurde Weißblech, beim Motorbahnwesen Leinöl für Motoröle, Uhuemahlen und Handfuchsmachen Benzin, für Spatensteine und zum Betrieb nationaler Motoren Benzol zugewiesen. An einer Versetzung des Untervorsitzenden des Hochberichts- und eines Aufwandsteuergerichtes im Wirtschaftsministerium nahmen Vertreter der Kammer teil. Lieber bis wirtschaftliche Lage von Handwerk, Gewerbe und Kleinhandel während des Krieges erfasste die Kammer beim Ministerialrat einen Bericht. Als Vorort der ländlichen Gewerbetämmern verabschiedete die Kammer gegen eine Bannsicherung der Umfangsteuer für kleine Betriebe aus und wurde wegen Erhöhung der nicht mehr zeitgemäßen Entlastungsfälle für gestrichliche Sachverständige beim Justizministerium bestellt.

— **Wahlkreisvorschläge in Sachsen.** Die sächsische Regierung hat folgende bedeutungsvolle Wahlkreisvorschläge für die Wahlgesetzentwürfe der Reichsregierung ausgearbeitet: Bei Wahlkreisen für je sechs Abgeordnete, wie sie der Reichstagsentwurf A vorstellt, soll der erste Kreis die Amtshauptmannschaften Bittau, Löbau, Bautzen, Kamenz, vielleicht auch Großenhain, Pirna und Dresden-Neustadt umfassen, der zweite Wahlkreis Dresden-Stadt, die Amtshauptmannschaften Dresden-Ulstadt, Freiberg, Dippoldiswalde, vielleicht auch Dresden-Neustadt; der dritte Wahlkreis die Amtshauptmannschaften Meißen, vielleicht auch Großenhain, Orlitz, Grimma, Borna, Rochlitz, Döbeln, Flöha; der vierte Wahlkreis Leipzig Stadt und Land; und Bautzen; der fünfte Wahlkreis Chemnitz Stadt und Land, ferner die Amtshauptmannschaften Glauchau, Stollberg, Annaberg, Marienberg; der sechste Wahlkreis Zwickau Stadt und Land, Werbau, Blauen-Stadt und -Land, die Amtshauptmannschaften Döbeln, Auerbach und Schwarzenberg. Für die kleineren Kreise (Gesetzentwurf B), auf die je vier Abgeordnete entfallen, sollen in folgender Abgrenzung in Betracht gezogen werden: Erster Kreis: Amtshauptmannschaften Bittau, Löbau, Bautzen, Kamenz, Pirna oder Dresden-Neustadt; zweiter Kreis: Dresden Stadt; dritter Kreis: die Amtshauptmannschaften Dresden-Ulstadt, Freiberg, Dippoldiswalde, Wiesa oder Dresden-Neustadt; vierter Kreis: Großenhain, Meißen, Orlitz, Döbeln; fünfter Kreis: Leipzig Stadt; sechster Kreis: die Amtshauptmannschaften Leisnig Land, Grimma, Borna, Rochlitz; siebenter Kreis: Chemnitz Stadt und Land, die Amtshauptmannschaft Flöha; achtter Kreis: Marienberg, Annaberg, Schwarzenberg; neunter Kreis: Zwickau Stadt und Land, Glauchau, Stollberg; zehnter Kreis: Blauen Stadt und Land, Döbeln und Auerbach. Die Verteilung einiger Bezirke zu dem einen oder anderen Wahlkreise steht: bemerklich noch nicht endgültig fest.  
— Berüterter der Boußner Wenden verban-

eln in Belgrad über die Möglichkeit einer wendischen Emigration in den südslawischen Staat. Die südslawische Migrationsrichtung steht den wendischen Wünschen wohlwollend gegenüber, da es sich durchweg um begüterte Familien handelt. Auch in der Tschecho-Slowakei hat man sein Herz für die beiden wendischen Brüder entdeckt. In diesen Tagen ist die erste Nummer der in tschechischer und wendischer Sprache herausgegebenen Zeitlichkeit „Tessoluzický Vestník“ erschienen, die den freundlichstlichen Beziehungen zwischen beiden Nationen dienen soll.

—\* Wichtig für Reisen ins Ausland. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt uns folgendes mit: Hört täglich werden Reisende an den Grenzüberwachungsstellen vom Grenzübertritt auskluggewiesen, weil die Waffe nicht den gut Reise ins Ausland erlaubenden Sichtvermerk tragen. Die Behörden in den Grenzgebieten sind nicht immer in der Lage, nachträglich diesen Sichtvermerk zu erstellen, weil die Reisenden häufig nicht im Besitz von Unterlagen sind, aus denen ihre Unverdächtigkeit eindeutig hervorgeht. Es wird daher erneut darauf aufmerksam gemacht, daß zur Reise ins Ausland außer der Einreisegenehmigung der ausländischen Behörde unter allen Umständen auch ein deutlicher Sichtvermerk in den Reisepas eingetragen werden muß. Der Vermerk auf der Seite des Passes, ber dahin lautet, daß der Wagnishaber nach dem Auslande reist, genügt nicht. Sichtvermerksbehörden in Sachsen sind die Polizeidirektion Dresden, die Landshauptmannschaften und in den Städten mit Revidierter Städteordnung die Stadträte beginn. Polizeikämter, das Publikum möge daher im eigenen Interesse häufig

**Nelsnia.** Eine eigenartige Blattart hat sich am

Vetschg. Eine eigenartige Bluttat hat sich am Sonntag im bleiligen Restaurant "zur Turnhalle" ereignet. Lebhafte Leisniger Bürger, u. a. der Schuhmachermeister Reiche, sahen dort beim Doppelkopfspiel. Ein Russe, der sich in diesem Lokal aufhielt, hatte beim Spiel etwa 2 Stunden lang zugesessen. Vielleicht drang er mit einem schwarzen Stiel auf den Schuhmachermeister Reiche ein und versekte ihm mehrere wichtige Schläge über den Kopf, sodass der betroffene blutüberströmte zusammenbrach. Der Russe konnte von anwesenden Gästen überwältigt und der Polizei übergeben werden. Schuhmacher Reiche hat 3 stark blutende klaffende Wunden auf dem Oberhödel. Die Wunde auf dem linken Schädelbein hat offenbar eine Verletzung des Gehirns verhängt, da der rechte Arm gelähmt ist. Der Täter ist ein russischer Arzthilfsgefangener. Er gehört das Gefangenencamp Überhödorff bei Chemnitz und war als landwirtschaftlicher Arbeiter bei Gutsbesitzer Görrig der Liegengemühle beschäftigt. Besonderen Hass lebten auf den deutschen Kaiser zu haben. Bei seiner Verhöhung sagte er: "Deutschlands Kaiser habt, ruft Kaiser noch Leisnig!" Schuhmachermeister Reiche hat, dadurch, dass einen außwärts gedrehten Schnurrbart trägt, eine gewisse Ähnlichkeit mit dem deutschen Kaiser, und es ist anzunehmen, dass der Russe in Reiche den Kaiser sah.

\* Dresden. Operndirektor Karl Scheidemantel hat in ihm angetragenen Direktorenposten der Oper nur unter Bedingung angenommen, daß ihm die alleinige Verantwortung für den künstlerischen Betrieb übertragen wird. Die Generaldirektion des Landestheater hat dem zugestimmt. Ein neuer Operndirektor wird außerdem noch ein Röleum der Künstlerischen Vorstände zur Seite stehen, das in wichtigen Fragen gutachtlich gehörte werden soll. Am kommenden Sonntag soll der neue Operndirektor mit einer lichten Feier in sein Amt eingeführt werden. — Für notleidende Wiener Lehrerinder hat der Dresdner Brotverein 8000 Kronen gespendet. — Der Beplätzungs- und Preiswesen des Reichsausschusses für Konsuminteressen soll hier in einer einkommig angenommenen Entwicklung seiner letzten Sitzung für die Weiterbildung der öffentlichen Gewirtschaftung unserer notwendigsten Nahrungsmitte aus. — Die Dresdner Bildergesellen haben an die geplante Verordnung (Urlaub im Arbeitsstellen, zweitwöchige Lohnauszahlung) gestoet. Sie steht laut Zeitung, den 30. Januar, ab. Die Bildergesellen beschließen daher mit Arbeitsbeschaffung.

Dresden. Das Belastungsministerium hat Genehmigung gegeben, daß die Polizeibehörde Dresden künftig die Leitung des Polizei-Ordnungsdienstes führt.

zöllend dem Bürger 300 Ml. Bargeld für die Gärde ge-  
zahlt sind. Zwei Frauen aus Oberprauß waren nach  
Zöllbau gefahren. Sie traten dort in einen Hausschank ein,  
wohen den Burschen aus Oberprauß, der als Räuber in  
Umlauf kommt, und ließen ihn verhaften. Er bestreitet ein-  
scheinlich die Tat.

• Innsbruck. Die merkwürdige Schatzgräbergeschichte, von der wir berichteten, bestätigt sich. Der Fund beträgt etwa 4800 Morgen in Innsbrucker Stadtteilen. Die Finder sind Überreichenhäuser. Das beschlechende und jedermann zugängige Haus war vor vielen Jahren einmal ein Freudenhaus. Die lebte Besitzerin starb ohne Erben im Mat. Es ist nicht anzunehmen, daß sie von dem Schatz legend etwas gewußt hat. Die Stadt wollte vor dem Tode der Verinthe dieser das Häuschen ablaufen, da es nicht gerade in Gegend, wo es steht, zur Hörde gereicht. Die Städter ritten durch Klopfen in der Mauer eine hohle Stelle entdeckt, und waren nach deren Freilegen auf den Goldschatz gestoßen. Das Gold liegt vorläufig bei der städtischen Verwaltung in Verwahrung.

\* Meumtner in b. Auerbach. Spieghuben räumten das Goldmarkengeld der Witwe Schwabe aus, wobei einen Löben und Ringe im Werte von etwa 18000 Mark

**Leipzig.** Die Druckerei der Leipziger Volkszeitung ist militärisch besetzt worden. Diese Maßregel soll verhindern, daß Flugblätter herausgegeben werden, welche falsche Angaben sowie Ungriffe an General Maercker enthalten. Im Gringen bleibt der Druckereibetrieb ungehindert.

**Leipzig.** Von der Eisenbahnhochspannungsleitung Litterfeld-Leipzig sind nachts 1000 Meter Kupferseil, lebendrähtig, 88 mm Querschnitt, gestohlen worden. Von den Dieben fehlt seide Spur.  
**Leipzig.** Die Möglichkeit, Silbergeld bei der Reichsbank zu hohen Preisen anzubringen, hat, wie in anderen Städten, auch in Leipzig einen starken Aufstrom von Absicherern zu den Reichsbankkassen geführt. Es sind bis jetzt 10000 M. abgeliefert worden, davon 15000 M. am Sonnerstag. Die Privatausläufer haben gleichzeitig ihre Preise erhöht und die Säge der Reichsbank noch überboten. Vor der Reichsbank sammelten sich zahlreiche Ausläufer und suchten Ablieferer zu veranlassen, ihnen das Silbergeld höheren Preisen zu überlassen. Wer sich darauf einließ, ist aber nicht immer ein gutes Geschäft gemacht. Unter den Ausläufern hatten sich nämlich Schwindler gemischt, die mit fälschlichen 50 Mark Scheinen zahlten, so daß die, die herausgeben mußten, nicht nur ihr Silbergeld verloren haben, sondern auch noch die herausgezahlte Differenz drun- gen mußten.

Richtamtslicher Bericht  
über die öffentliche Gemeinderatsitzung in Gröba

(Zentralstelle) am 27. Januar 1920.  
Anwesend waren: Gemeindevorstand Haas als Vor-  
sitzender, Gemeindeältester Günther, Gemeindeältester  
Schmid und 14 Gemeindevertreter. Entschuldigt fehlten  
der Gemeindesprecher Enzmann, Führer, Krauspe, Möbius,  
Sedel, Frau Berger.

1. Berichtsstatter Herr Matthäus. Nachdem durch § 37 des Grunderwerbsteuergesetzes vom 12. September 1919 die Erhebung von Befreiungselabgaben für die bürgerliche Fleisch- und Schuhgemeinde für unzulässig erklärt worden war, hielt vom 1. Oktober 1919 an die in der Gemeindeverordnung enthaltenen Bestimmungen ungültig gereden. Als Erlass hierfür solage nun, wie der Herr Berichtsstatter ausführte, der Steuerausschuss vor, zu dem Grunderwerbsteuer von 4% des gemeinen Grundstückswertes einen Zuschlag von 1%, zu erheben, der mit 0,6% in die Gemeindetasse und mit 0,3% in die Schulkasse fließen soll. Die hierüber aufgestellte Nachtrag zur Gemeindesteuerverordnung und der Vorschlag des Steuerausschusses wurden einmig angenommen.

2. Berichterstatter Herr Lämmel. Eine Entschließung dem Gehuch der Gemeindebeamten und Angestellten zur Erwähnung eines Tenerungsgeschäfts wird ausgelegt, in die Ortsgruppe Gröba des Südlichen Gemeindebeamten- und körfürstlich darum nachgeruht habe, die Entschließung zur Verabschiedung der Volkssommertvoilage anzusezen.

3. Berichterstatter Herr Garzenschläger. Der Wohlwolltausch schlägt vor, den beiden Kinderhortleiterinnen eine Beschaffungsbefreiung von 500 Mark zu gewähren. Nach dem Wohlwolltausch halte die Gewebeung je einer Beschaffungsbefreiung an das Volksschulpersonal (je 200 M. Mädchen und 2 verm. Frauen und je 150 M. den übrigen Personen) für nötig. Ohne Ausprache schließt sich der

meinderat den Vorschlägen an.

4. Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Horn. Der Berichterstatter führt aus, daß nach dem Lohntarif für Land- und Gemeindearbeiter unser Orts in die Tarifklasse B gruppiert worden sei und deshalb vom 1. Februar 1920 folgende Löhne pro Stunde gezahlt werden müßten: Handwerker 2,45 M., 2. angelehrte Arbeiter 2,25 M., ungelernte Arbeiter 2,10 M., 4. Arbeiterinnen 1,20 M. Diese neuen Sätze seien durchgängig um 40% erhöht worden und hätten zunächst Gültigkeit bis Anfang April 1920. Der Gemeinderat nimmt hiervom Kenntnis, auch von mit, daß der Berichterstatter in den Gesamtvorstand des Sächsischen Arbeitgeberverbandes mit gewählt worden ist und an den Tarifverhandlungen mit teilgenommen hat. Auf eine Anfrage des Herrn Horn erwidert der Berichterstatter, daß unnehmbar in Kürze auch die Begehung der Einkommensbezüge der Gemeindebeamten und gestellten für ganz Sachsen auf gleicher Grundlage folgen dürfte, wodurch dem Antrage des Gemeinderats Große Folge gegeben werde.

5. Berichterstatter Herr Schmidt. Die Amtshauptmannschaft forderte Bericht, ob in Gröba die Gründung eines besonderen Ausschusses zur Unterstützung des bei den Wirtschaftsmannschaften bestehenden Überwachungsausschusses für nötig gehalten wird. Der Überwachungsausschuss habe gute Ergebnisse gehabt und es sei nur erforderlich weiter auszubauen, damit er gleich einem Rechtsfreihauptmannschaftlichen Besetzung umspanne. Nur durch sei es möglich, den Wucher n. w. mit allen erdenklichen Mitteln zu verhindern. Der Gemeinderat beschließt, den bestehenden Ausschuss nicht zu gründen, sondern den Amts- in der Gemeinde bestehenden Wirtschaftsausschuss mit Wahrnehmung der Geschäfte zu betrauen und ihn durch Zusatz der Herren Gutsbesitzer Hennig und Gutsbesitzer sei als Geheimer zu ergänzen.

6. Der Ober-Bürgermeister gibt noch bekannt, daß seitens des  
Gutsbesitzerschaft Grebenbach vor einigen Tagen  
der Besitzer der Gemeinden Wiesendorf und Greba  
Gutsverbindungen wegen der Vereinigung getroffen  
sind und hierbei zulässige Übereinstimmung gegeben ist.  
Zusätzlich wurde noch der Betrag über die Vereinigung  
festgestellt, von welchen Gemeinden gewünscht und bei  
welchen Kosten wird dieses vorgenommen.

werben. Es ist aber zu hoffen, daß die Werrungungsverhandlungen bis Ende März 1920 endgültig abgeschlossen seien. Herr Freudenberg bittet weiter um Auskunft, was diejenigen Einwohner, die finanziell unfähig seien, gewiß die erlaubten Bekanntmachung ihre Wochentafelkarten bis Ende Februar auf einmal beliefern zu lassen, tun müssen, um ihre Ansprüche zu wahren. Herr Gemeindeschreiter Günther erwähnt, daß unbedingt daran festgehalten werden müsse, daß die Abholung erfolge. Diejenigen Personen, die tatsächlich aus finanziellen Gründen zur Abholung unfähig seien, müßten im Gemeindeamt, Zimmer 12, eine entsprechende Bescheinigung fristgemäßholen, da sonst gemäß der Bekanntmachung verfahren werden müßte. Durch das Hochwasser seien einige Kartoffelstellen überschwemmt und die Kartoffeln nach geworfen. Um unnötige Transportkosten zu vermeiden, erfolgte deshalb mit Zustimmung der Hauptmannschaft die bekanntgegebene Regelung. Schluß der Sitzung 8 Uhr.

## Die Aussichten für die Abstimmungsgebiete im Osten.

In der Räumung der Abstimmungsgebiete im Osten ist unvermißt eine mechtige Welle eingetreten. Die Gründe für die plötzliche Stützung werden höchstwahrscheinlich in der noch immer nicht beobachteten Unzufriedenheit unter den Verbündeten über die Erfüllung der freien Wahlbereiche zu suchen sein. Mit der Verjährung der Räumung werden natürlich auch die Abstimmungstermine hinausgeschoben. Die dadurch wider Erwarten gewonnene Frist sollten die in den Bezirken selbst ansässigen Deutschen so wohl wie die dort geborenen, aber im Nachbarwohnenden Holländischen benutzen, um noch einmal um alleinige Räume einzuwählen, deren Gestaltung ja nun in ihre Hände gelegt ist. In diesem schwierigen Augenblick muß der widerwillige Parteihaber, müßten das und Nachbarnbildung schweigen, um deutsches Land und deutsche Wahlen nicht rettungslos verlieren zu lassen in der gretig heranbrechenden Novischen Blut.

Weßen die Deutschen dort im Osten sich von den beteiligten Unterstellern zu gewöhnen haben, sozusagen die Vorgänge in Thorn einen wiederpredenden Aufsatz. In dieser Stadt wurden nämlich die Standbilder Friedrichs des Großen und Kaiser Wilhelms I., die an den Bildern der beiden Preußen des südlichen Eingangstores der Eisenbahnhalle aufgestellt sind, in der Weise beschädigt, daß die Geschütze zur Zielscheibe von Gewehrkästchen gemacht wurden. Die Bürger sind dadurch völlig ununterrichtet, um deutschen Parteihabern, müßten das und Nachbarnbildung schweigen, um deutsches Land und deutsche Wahlen nicht rettungslos verlieren zu lassen in der gretig heranbrechenden Novischen Blut.

Doch weiter: die polnische Regierung wußte nur zu gut, daß es ihr an fähigen, pflichttreuen, fachendamalig durchgebildeten Beamten namentlich auf dem Gebiet des Verkehrsweises vollständig mangelt. Sie war in dieser Beziehung unbedingt auf deutsche Hilfe angewiesen, und sie demgemäß alles in Bewegung, sparte vornehmlich auch nicht mit den verlorenen Versprechungen, um die deutschen Eisenbahn- und Postbeamten zum Verbleiben in Dienste zu veranlassen. Der eitl polnische Dank für die Gewährung der verlangten Hilfe ist dann auch nicht ausgeschlossen. Wo bisher polnische Truppen eingesogen sind, da ist es wiederholt vorgekommen, daß den ruhig stehenden Eisenbahn- und Postbeamten die Dienstmühlen und die deutschen Abzeichen heruntergerissen und dafür der polnische Adler angehängt wurde. Nachdem die Eisenbahnbeamten dann Dienstverweigerung und Absage angedroht hatten, verirrten ihnen zwar die polnischen Militärbürokraten ihren Schwanz, was indessen von polnischen Verbrechungen zu halten ist, das bedarf ja wohl keiner weiteren Ausdehnung.

Vor allen Dingen sollte sich die Arbeiterschaft der betreffenden Gebiete recht einbringlich klar machen, welchen Aussichten gerade die werktätige Bevölkerung im Halle eines solchen Wählungsresultates entgegen steht. Immer wieder muß man darauf aufmerksam machen, daß es in Polen ein gleiches, allgemeines und geheimes Wahlrecht für beide Geschlechter in Stadt und Land überhaupt nicht gibt, und daß an derselben Einführung bislang auch noch niemand gedacht hat. Den 187 jüdischen Arbeitervertretern in Deutschland stehen in Polen ganze 35 gegenüber. Diese höheren Beamten sind in Deutschland Sozialdemokraten, in Polen gibt es einen einzigen dieser Art, der obendrein, wie der „Vollbürger“, das Organ der oberschlesischen Arbeiterschaft, ausdrücklich feststellt, recht wenig zu sagen hat. Das Polen der mustergültig ausge-

belebten Deutschen Staaten, Großbritannien und überseeischen Ländern hat nichts entsagen zu können hat, in, man möchte noch schreiber als die unsere, während die Steuerfreiheit höchstwahrscheinlich höher ist. Ganz besonders aber muß offiziell bestätigt werden, daß wegen der unmittelbar drohenden Gefahr des polnisch-deutschen Einbruches Polen auf Besetzung der Untenrechte die bei und abgeschaffte allgemeine Wehrpflicht eingeführt hat und insowies sogar dazu übergegangen ist, Geschäftsführer einzusezieren.

Das sind die Aussichten für die Abstimmungsgebiete im Osten, die den Abstimmungsberechtigten die Entscheidung doch wahrlich nicht schwer machen können, und die es jedem von ihnen auf bestem Weise machen müssen, sein Recht im Interesse des Vaterlandes auszuüben.

## Ein deutscher Wahlkampf in Troppau.

Wie aus Troppau (Schlesien) gemeldet wird, haben die Deutschen bei den gestrigen Gemeinderatswahlen einen großen Sieg errungen. Von 14 887 abgegebenen Stimmen entfallen 12 218 auf die deutschen Wahlberechtigten. Es erhielten: Deutschnationale 11 Mandate, deutsche Sozialdemokraten 9, Christlich-soziale 6, Bildungs-nationale 1, Deutschsoziale 8, vereinigte lutherische bürgerliche Partei 6 und die tschechischen Sozialdemokraten 2 Mandate.

## Vermischtes.

### Der Streik der Wiener Köchin.

Dieser Tage traten die Wiener Köchinnen zusammen und verlangten eine 50-prozentige Aufwertung. Wenn dieser Fortsetzung bis zum 30. ds. Mon. nicht entwischen wird, treten 4000 Köchinnen und Serviererinnen am 31. in den Streik. Diese 4000 Köchinnen sind in den Wiener Gemeinschaftsläden tätig und führen, beziehungsweise unternehmen den Wagen des Wiener Mittelstandes. Man findet: 4000 Köchinnen liegen möglich in die Ede gekommen, da, und just am 31., am Gagertag, da man sich wieder eine doppelte Weihnachtsfeier können könnte. Kriegt man in der Gemeinschaftsläden nichts. Die Köchinnen streiken, sagt der „Neue Tag“ — Kommt es dazu, so wird es der erste Fall in der Geschichte der Streiks sein, daß sich die Köchinnen, bisher stets ein sehr passives Wesen, ihres Wertes bewußt wird und Fortsetzung stellt. Von der Streikarbeit der Köchinnen hat man schon seit eh und je genug gehört. Allein, ihre Ansicht offenbart sich direkt, sozusagen individuell. Köchinnen reagieren sehr zum Streik. Aber der Streik betrifft höchstens eine Familie. Am 31. Januar 1920 aber wollen 4000 Köchinnen auf einmal streiken! Das ist der Höhepunkt der sprichwörtlichen Köchinnenstreiklust. Sie mögen in diesem Hause recht haben. Ihre Arbeit ist mildeß genug. Aber eben deshalb muß man den Streik zu verhindern suchen. Es wäre keine geringere Katastrophe, als ein Streik der Köchinnenarbeiterin. A. Der Wagen streift schon lange. Am heutigen Tag — wenn auch gerechten — Empörung der Köchinnen kann man sich kaum finden lassen. Und übrigens: haben wir nicht schon genug, daß der beste Koch, der Hunger, nicht streiken will?

**Wasserbruch auf einer Yacht.** Auf der Yacht „Scharbar“-Charlottenburg in Wieden ist infolge Wasserbruches ein großer Wasserschaden an der Ausfahrt bedient. Die Wagenstrecke konnte nicht eingerichtet. Rettungsarbeiten sind im Gange. Eine weitere Meldung belastet: Die ganze Radstrecke der Yacht „Scharbar“-Charlottenburg, 76 Mann, die infolge Wasserbruches seit gestern morgen 4½ Uhr von der Außenwest abgeschnitten war, ist nach 10 stündiger Rettungsarbeit um 3 Uhr nachmittags glücklich gerettet worden. Der Betrieb ruht vorläufig auf der Seite. Die Belegschaft wirkt auf den benachbarten Booten untergebracht.

**Besiedlungskrise in London.** Das Zimmer 786 des königlichen Geschäftshaus in London hat in den letzten Jahren höhere Verlängertheit erlangt. Hier ist es, wo der Richter für Mittellohn sein Büro hat, und hier ist der Ort, wo unglückliche Ehegatten gegen eine mögliche Scheidung voneinander getrennt werden. Die Kosten einer Scheidung betragen für den Antragsteller je nach dem Grade der Mittellohnigkeit sechs bis zehn Pfund Sterling. Dieser Betrag soll die sogenannten Kostenunterstützungen decken. Alles, was der Antragsteller zu tun hat, ist, daß er sein Gesetz hübsch sauberlich geschrieben einreicht und den Nachweis bringt, daß er nicht mehr als 50 Pfund Sterling bezahlt. Seit der Eröffnung dieses neuen Departements im Berichtsabschluß wurden 20 000 Scheidungsanträge eingereicht, und ihre Zahl wächst weiter. Während im Jahre 1918 die Zahl der geschiedenen Paare 1287 betrug, sind es im Jahre 1919 gut 7000. Es hat während dieser Zeit schon Tage mit 28 Scheidungsanträgen gegeben. Als Gemäßigte bezeichnet der bereits vollständig gewordene Sekretär des Gerichtshofes 20.

Ein großer Silberdeckstahl wurde in der Villa Tereblotschenko in Baden-Baden verloren. Die Diebstahl Silbergegenstände im Wert von etwa 200 000 Mk. Von den Tätern fehlt vorläufig jede Spur.

## Der Staatsanwalt.

Rowan von Arthur Beanesweiter.

### 4. Fortsetzung.

„Ich wollte auch nicht wiederkommen, sagte er in dem ruhigen Ernst, der einer Stredovale eigen war, ich sah unsere Sache so aussichtslos an, daß ich mir — jeden Sie mir nicht böse, aber ich muß jetzt unbedingt offen sein — allen Ernstes vorgenommen hatte, zu verschaffen, nein, das ist das richtige Wort nicht, aber zu verschwören, was ich darüber nicht in meiner Wacht stand. Ich habe es verflucht, ein ganzes Jahr lang verflucht mit aller Energie, die mir zu Gebote stand — und habe es doch nicht gelöst.“

Er lachte Gedächtnis auf, aber die hatte die Augen tief zu Boden gesenkt, er sah nur einen leisen Glanz des jungen Profils und das kleine rotglänzende Ohr.

„So bemühte ich mich nun in aller Stille um eine Berufung nach Kronburg, wo gerade die Stelle des jungen Staatsanwalts frei geworden — ich hatte Glück und packte meine Sachen, sowie ich der Ernennung sicher war, um die wenigen Wochen, die ich noch bis zum Amtsantritt hatte, hier in Seewald zu verleben.“

„Aber wozu das alles? werden Sie fragen, was haben Sie gesagt, ich habe Ihnen, was ich so wenig zu holen habe? Nicht etwa, als ob ich erwartete, daß Herz Jutes Herrn Baters nach meiner Beförderung im Fluge umzustimmen. Dazu müßte ich mich besser berellen können, als ich es in Wahrheit vermöge, müßte lernen, mich in ihn zu fügen, und das kann ich nicht. Nein, so gerne ich es auch möchte, Siebzehn, ich kann mich in die Wille nicht fügen, die nur den Menschen läßt, den sie abhängt, sieht von der eigenen Gnade und Güte — ich kann meinen Bedenksatz nicht modelln nach seiner Faune. Dennoch gebe ich nichts versprochen, wenn wir — wenn wir nur, Gedächtnis Gerda, dieselben bleiben, unberührbar und treu in unserem Wollen, mag um uns vorgeben, was da wolle. Sehen Sie, alles will ich tragen und doch guten Nutzen sein, warten will ich und warten und doch die Hoffnung nicht verlieren. Wer in einem muß ich klar sehen, eines Sicher sein.“

Er machte eine Pause, der Ausdruck seines Antlches war noch ernster, seine Stimme, so leise er sprach, gehobener geworden.

„Als ich hierher kam,“ fuhr er fort, „war mein erstes Gang zum Pensionat, indem ich Sie zu finden hoffte — Sie waren ausgegangen, das etwas gefährliche Modell erzählte mir, daß Sie jeden Nachmittag auszugehen mit Ihrer Frau Mutter und einem Herrn. Sehen Sie, ich wußte, daß es ihm anderer war als Geschäft, wußte auch, wie Sie über ihn denken — und doch in diesem Augenblick stieg ein Gefühl in mir auf, von dem ich Ihnen keine Bedenken zu geben vermag. Ich, dachte daran, wie Sie noch sind und wie umworben, und wenn es Geschäft nicht war, warum sollte Ihnen in dieser langen Trennung nicht ein anderer genährt sein, ein Mann, der mehr nach Ihrem Herzen steht, als ich — ich hätte dann alles verloren und hätte Ihnen nicht einmal zurück.“

Mit einer raschen Bewegung hob das Fräulein das glühende Antlitz zu ihm empor — in den dunklen Augen lag mehr eine schmerzhafte Frage als Unwille über diese Worte.

„Ich bitte noch einen Augenblick um Ihre Nachsicht, ich bin nicht ganz zu Ende. Sehen Sie, Gedächtnis Gerda, wenn der Mann in die Dreiecke kommt, vollzieht sich gewöhnlich ein großer Umschwung in ihm. Er legt das Unreife ab und das Jugendliche — er wird eben Mann, erträgt in seinen Anschauungen, fließt in seinem Wollen, bestimmt in seinen Entschlüssen; er hört auf, mit dem Leben zu spielen; aber er verzögert auch nicht, daß man mit ihm spielt und am wenigsten von denen, die er liebt. Sie habe nie ein weibliches Wesen lieb gehabt außer meiner Mutter — ich habe ihr Arbeit gelebt, und die Frauen gehörten, bis — ich Sie gesehen. Sie sind die einzige — die erste, die seitdem Wenn Sie heute auch nur den letzten Speichel empfinden, nein, wenn Sie ihn je empfunden, seit meiner Abwesenheit von Kronburg, ich bitte Sie, sagen Sie es mir frei und offen; sind Sie dieselbe geblieben — ganz die selbe, wie ich Sie kennen lernte? Sie haben Gott genug gebüßt, zu überlegen, zu denken. Was Sie in dieser Stunde sagen, Gedächtnis Gerda, das entscheidet meine ganze Zukunft.“

## Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 29. Januar 1920.

### Meldungen der Berliner Morgenblätter.

X Berlin. Kurz vor 12 Uhr nachts trat auf dem Bahnhof Charlottenburg der erste Transport deutscher Kriegsgefangener aus Frankreich ein. Es sind 186 Männer. Die Hinterleiter, größtenteils in Berlin ansässig, traten sofort den Weg zu ihren Angehörigen. Heute nachmittag werden zwei weitere Transporte erwarten.

Gestern erfuhr vor einigen Tagen aus englischer Gefangenenschaft zurückkehrender niederländischer Beamter in Tübingen mit seinen Verbündeten auf einer Bank der Promenade, als ein schwarzer französischer Soldat auf ihn zutrat und ihn ohne weiteres mit einem Revolver eine Kugel in den Kopf jagte. Auf die Nachricht kamen legten die Arbeiter- und Angestellten der städtischen und privaten Werke die Arbeit nieder und zogen unter zärtlicher Beteiligung der Bevölkerung vor die französische Kommandantur.

Der „Vorwärts“ fragt, daß in der Landwirtschaft Maßregelungen der Landarbeiter vorgenommen werden. Was jetzt in der Landwirtschaft vorgehe, daß die Arbeitersfamilien die Rundigung durch Rechtsanwälte und Rechtsanwältin ins Haus getragen, wäre unerhört.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft erklärte den besten Weg zur Sicherstellung der Volksversorgung und zur Erhaltung der Selbstfähigkeit der Landwirtschaft in der fortwährenden Landnahme unmittelbarer Lieferungsverträge. Mit der Vollführung der zu diesem Zweck eingeleiteten Verhandlungen ist er einverstanden. Deutschnationale, österreichische Abgeordnete rückten die Anfrage an die Staatsregierung, ob sie bereit sei, nach Abreise der Eisenbahn die ungehinderte Ein- und Herreise der österreichischen Abgeordneten nach Berlin zu sichern, eventuell durch ein Abkommen mit der Republik, welche die regelmäßige Seeverbindung Königsberg-Stettin ins Leben gerufen hat.

Wie der „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet wird, soll sich Lloyd George offiziell bemühen, daß Ausscheiden des Mitgliedes der englischen Arbeiterspartei Barnes aus der Regierung zu verhindern.

Die Begrüßung der Scapa Flow-Flotte.

X Wilhelmshaven. Der Chef der Admiralsität Trotta ist zur Begrüßung der Internierten der von Scapa Flow verseherten Flotte hier eingetroffen.

Keine Fahrtbeleidigung des Reiches.

\* Berlin. Am leichtesten geht mehrere die Geschichte, die von einer Einkünfte der Fahrtbeleidigung des Reiches wissen. Der „R.A.“ wird von kompetenter Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß alle Gerichte von einer Einkünfte des Binnendienstes des Reichs- und Kriegsanleihe sowie der Bundesstaatsanleihen völlig aus der Lust griffen sind.

Eine kleine Besserung der deutschen Valuta.

\* Berlin. Die deutsche Valuta ergab gestern eine kleine Besserung.

### Das Reichseinkommenssteuergesetz.

\* Berlin. Im Steuerausschuß der Nationalversammlung wurde gestern bei der Beratung des Reichseinkommenssteuergesetzes § 19 des Entwurfes dahin abgeändert, daß der Betrag von 2000 Mark übersteigende Teil des steuerbaren Einkommens steuerpflichtig ist. Der steuerfreie Einkommensanteil erhöht sich für jedes zum Haushalt des Steuerpflichtigen gehörende Kind, deren Einkommen gemäß §§ 15–16 dem Einkommen des Steuerpflichtigen hinzugerechnet ist oder hinzugunehmen möchte, um 500 Mark.

### Admiral predigt Versöhnung.

\* Paisley. Asquith hat Dienstag abend den Wahlkampf formell eröffnet. In seiner Wahlrede sagte er: Das Geschäft in der Welt muß wieder begonnen werden. Nicht alle Länder dazu kommen, unsere feindlichen Feinde, die Alliierten, die Neutralen und uns selbst. Eine wirkliche Organisation sei gegen die reaktionäre Gesetzgebung und die Regierung des Wabniss und der Extratragans notwendig. Man darf nicht fortfahren, sich durchzudringen, sondern muß seinen Verbindlichkeiten nachkommen. Die Verminderung der Schulden sei von höchster Bedeutung.

Sonntagstrafe im französischen Zeitungsgewerbe.

X Paris. Eine Versammlung von über 300 Zeitungsvertretern hat eine Kommission beauftragt, bei der Regierung Schritte zu tun, die Herausgabe und den Verlauf von Zeitungen aller Art von Sonntag mittag 12 Uhr bis Montag mittag 22 Uhr zu verbieten. Werner soll ein Einschubverbot für ausländisches Papier, dessen Preise sich infolge von Spekulationen verdoppelt, erlassen werden.

### Kästner wird als Staatsanwalt bestellt.

\* London. „Morning News“ melden, daß der Premierminister das Kästnerstreichsel Kästner genehmigt hat.

„Ich bin dieselbe geblieben vom ersten Tage an bis heute und werde dieselbe bleiben für alle Zeit.“ „Ich danke Ihnen,“ rief er aus und ein Jubeln und Jauchzen klang durch diese erste Stimme, wie es noch nie ein Mensch aus ihr gehört, und nun Ihre Hände, endlich einmal wieder Ihre lieb kleine Hand — nein, den Handdruck müssen Sie ausziehen — ich will Sie wieder in den meinen halten, wie so manches schöne Mal. So ist es recht — und nun im Angesicht desselben Meeres, das unsere ersten Liebesworte gehört, schließen wir das Schluß und Trubelndes dieser Liebe für alle Ewigkeit.“

Ihre Hände hielten sich fest geschlossen, ihre Augen leuchteten in einander lange Zeit. Die Dämmerung hatte zugemessen — nur das Meer glänzte noch im Abendgold und lag vor ihnen so feierlich und stimmig wie ein ewiger Heugestell, was ihre Herzen in seinem Anblick gefangen. Die weitgehend kleinen Wogen aber schauerten und rauschten, neugierig fast, näher und näher an den Strand und murmelten und rauschten an der Küste, was nur sie verstanden und niemand sonst. Und weit über die dämmernden Küsten hinweg sah man in der Ferne, blühend wie in einer Krone von Juwelen und Diamanten, den schmalen Rathaussurm der großen Stadt und unmittelbar hinter ihm, einfacher, aber noch imponierender in seiner fröhlichen Kraft den vierzig Meter hohen Pfarrkirche, der, ob er wohl ohne Zweck war, über seine ganze Umgebung riesengleich hervortrat, wie eingestellt zum Schutz des Meeres und seiner schönen Küsten. Sie hielten den beschwerlichen Strandweg verlassen und waren über die gesperrte Promenade, die oberhalb desselben dem Turmhaus zuführte, auf den Seezug hinausgetreten.

Mit einemmal blieben Sie stehen trocken des eisigen Gesprächs, in das Sie vertieft waren, beider Augen fest gerichtet auf ein Bild, das sich ihnen plötzlich darbot.

Und in der Tat — es war ein wunderbares Bild.

Gesetzesfolge folgt.

# Kammer-Lichtspiele

Riesa, Hauptstr. 1.

Nur heute noch: „Die Ahnfrau“.

Drama in 5 Akten.

Von Freitag bis Montag:

## Die Kaakanerin

Spannendes Detektiv-Drama in 4 Akten.  
Sonntag Beginn der Kinder- und Familienvorstellung  
nachm. 18 Uhr. Abendvorstellungen Beginn 17 Uhr.  
Bitte die Namens im Vorraum des Minos zu beachten!  
Vorzugskart. 6. R. Rohberg, Hauptstr. u. Tel. 0. Müller.

## Petrenz-Oper! Hotel Höpfner.

Freitag, den 30. Januar, 7½ Uhr

mit grossem Orchester

## Die Regimentstochter.

Romische Oper in 2 Akten von Donizetti.

Preise der Plätze

im Vorverkauf: Buchdruckerei Böhlroth u. Zigarrenh. G. Wittig	
Sprech 1.-10. Reihe 5.-M.	1. Platz . . . . .
" 11.-23. " 4.-	2. Platz . . . . .
Galerie . . . . .	3. Platz . . . . .

An der Abendkasse auf alle Plätze 50 Pf. Käufliches.

## Brikettalausgabe

im Hafen

Freitag, 30. Januar, von  
früh 8-11 Uhr auf allen  
251-550 für Oktoberkarten.

**Richard Gebhart,**  
Gröba.

**Kond. Milch** (ausge-)  
geräuch. Fjündern  
empfiehlt Paul Schautschif.  
Wettinerstr. 5.

**+ Frauen +**  
verlangen bei Störung der  
Periode sofort feststellen  
Auskunft. **Frau Hennig,**  
ärzt. gepr. Massenle. Covis  
(Elbe), Graupner Straße.

**- Spülapparate**  
Spülkannen-Schlüsse, Unter-  
lagen, Vorfallbinden, Leib-  
binden, Monatskurze u. alle  
sonst. Gummiwaren.  
Anfrage erbeten. Damen-  
bedien. durch meine Frau.  
W. Hensinger, Dresden. Am  
See 37, nahe Hauptbahnhof.

**+ Frauen +**  
welche mit ihrer Periode im  
Rückstande sind, kaufen keine  
sweidlosen, minderwertigen  
**Menstruationsmittel.**  
Sie erhalten von mir in jedem  
Falle Rat u. Hilfe. Auskunft  
sollten Sie erbeten.  
**Joh. Riedel,** Abt. 18,  
Hartmannsdorf, Bz. Leipzig.

**Gebr. Piano**  
zu kaufen gesucht. Off. mit  
Preisangabe an W. Grün-  
auer, Niederau, Bz. Dresden.

## Felle!

Zahle die höchsten Tagespreise für

Rindhälften | Ziegenfelle  
Kalbfelle | Rehfelle  
Schaffelle | Hasenfelle

## Kaninfelle.

für ausgehöhlte dicke Winterfelle Extraspuren. Ferner beliebte  
Felle für Füchse, Marder, Alpis, Damster, Maulwürfe.

**Fellhandlung O. Meißner** Altmarkt  
Telefon 121.

**Hans-Verkauf.**  
Sontag, den 1. Februar, soll  
dass im Erde befindl. Kaufhaus  
Rück Pöppeler Straße 12 in Riesa verkaufen werden. Die  
Kaufinteressenten werden erlaubt, nachmittags 2 Uhr im  
Kaufhaus zum Kronprinz zu erscheinen und Kaufangebote  
abzugeben. Kaufzuschlag soll am selben Tage erfolgen.  
**Pietzschmann.**

Bringe vom 30. d. M. ab meine  
**vogtl. feit. Stoffereien**  
Koben, Gardinen, Stores (auch für die grössten Fenster),  
Betttücken und Tischdecken, bestickte Blusentüll usw. im  
**Gambrinus, Schlossstraße**  
von vorm. 9 bis 3 Uhr nachm. zum Verkauf. Nur einige  
Tage. Wiedervert. Spritz. v. 3-4 Uhr.  
**M. Seidel**, Gardinengeschäft ein gros.

**Zigaretten, Deutsche**  
für Händler und Gastwirte liefert  
**Zigaretten-Großhandlung, Leipzig, Katharinenstr. 17.**

Für die uns anlässlich unserer Vermählung  
so zahlreich erwiesenen Ehrenungen und Geschenke  
sagen wir herzlich zugleich im Namen unserer  
Eltern herzlichen Dank.  
Riesa, Meißner Str. 38, am 28. 1. 20.  
**Adolf Goldbach und Frau**  
Elsa geb. Schubert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung  
dargebrachten Geschenke und Gratulationen  
sagen wir zugleich im Namen unserer Eltern  
herzlichen Dank.  
Riesa-Strehla, Jan. 1920.  
**Otto Tanbert u. Frau Elsa geb. Schau.**

Gestern nachmittag 5 Uhr erlöste Gott meine liebe Tochter, unsere  
gute Schweester, Schwägerin und Tante

## Paula Göhl

von ihrem jahrelangen mit großer Geduld ertragenen Leiden.

Um stille Teilnahme bittet

Riesa, d. 29. 1. 20.

**Hermann Göhl und Familie.**

Die Beerdigung erfolgt Sonntag 1/3 Uhr von der Friedhofshalle aus.

## Metropol-Lichtspiele

Oppelner Str. 2. Gathaus Stadt Freiberg.

Freitag, d. 30. Jan., bis Montag, d. 2. Febr.:

„Die Irre“ (Gräfin de Gallo)

Stuart Webb's 12 Abent. Det.-Drama, 4 Akte.

„Waldows und ihr Schwänchen“ Lustspiel, 2 Akte.

Sonntag von 2 Uhr an:  
Kinder- u. Familienvorstellung.

## Damen

erhalten  
auf alle  
Stoffe,  
kleider,  
Blüten,  
Büten,  
Decken,  
Nissen u. s. w. Stoffe,  
rein-Wälder, Aufzeichnungen  
schnell, sauber u. weit unter  
Preis nur bei A. Vogel-  
mann, Gröba, Kirche, 14.

## Silber-Münzen

abz. Mf. 9.-

## Gold-Münzen

abz. Mf. 260.-

auch Silber-Gold- u. Silber-  
geräte, Uhren, Uhren, Ketten, etc.

## Kanner, Leipzig

Czermaks Garten 3, II.  
Nähe Hauptbahnhof  
u. Kroatischplatz.  
Auswärt. Kunden wird  
Reicht vergütet.

Achtung! Nur diesen Tag  
gab ich noch für  
eine Silbermünze  
(aus England) 10 fache,  
f. eine Goldmünze  
das 15 fache.

Aufnahme nur Freitag von  
3-5 Uhr, Früh Besuch.

Gröba, Riesa, Str. 12, 2.

## Syphon-Bierversand

Das gute Liebedbier  
hell und dunkel  
echt Bahrisch bier  
empfiehlt  
R. Schwade, Peruspr. 23.

## Bitronnen

das feinste und haltbarste  
was es gibt  
10 Stüd nur 6.- M.  
empfiehlt

**G. Gruhle,**  
Bismarckstr. 3a, Telefon 261.

## Achtung!

Morgen Freitag früh  
irische Seeſſche.

Clemens Bürger, Riesa,  
Ottoigner, Röderau,  
Ernst Weber, Böppin.

II. ger. Lachsberinge,  
Bücklinge,  
Sardellenwürste in Tuben,  
Deliardinen  
u. Halberstädter Würstchen  
empfiehlt

**Carl Pohlmann**

Goethestr. 39.

## Gasthof Niederlommelsch

Sonnabend, den 31. Januar  
großes Extr-Konzert  
ausgeführt v. d. vollzähligen  
Capelle des Reichswehr-  
Vionier-Bataillon Nr. 19.

Für 5. Sessel u. Getränke  
ist bestens gesorgt. - Auf 7.

## Reichsverband

## deutsch. Gutsbeamten.

## Veranstaltung

am 1. Feb. 1920 in der  
Gutierrezstr. zu Riesa nachm.  
1/3 Uhr. Um zahlreiches  
Erscheinen, auch der weib-  
lichen Angehörigen, wird  
bringend gebeten.

**Der Vorstand.**

**J. W.: Tränzer.**

Die heutige Nr. umfasst  
4 Seiten.

## Waldschlößchen Röderau.

Sonntag, den 1. Februar, hält die biegsige  
Capelle des Soz. Vereins ihr diesjährige

## Wintervergnügen

ab. Alle werten Freunde sind herzlich eingeladen. Zahl-  
reicher Besuch erwartet

**J. W.: Th. Bruntlich, Vor.**

Deute ist ein großer  
Waldschlößchen. Wagnisse  
eingetroffen und  
empfiehlt billigt

## Butter.

Carl Pohlmann, Goethestr. 31, Peruspr. 715.

# Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Rechtsverlag und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Geschäftstraße 20. Herausgeber für Riesa: Arthur Höhnel, Riesa; für Zwickau: Wilhelm Dittmar, Zwickau.

A: 28.

Donnerstag, 29. Januar 1920, abends.

73. Jahrg.

## Landwirtschaftliche Preiserhöhung.

zu Berlin, 28. Januar.

In der Deutgischen Sitzung der preußischen Landesversammlung wurde ein Antrag Fleibergs (Derm.) angenommen, nach dem für solche landwirtschaftliche Erzeugnisse, für die die Abwirtschaft aufrecht erhalten wird, schon jetzt Preise für die nächste Ernte festgesetzt werden sollen in joller Höhe, daß sie den Gefahr eines Rückgangs der Erzeugung entgegenwirken und daß den Landwirten für einen ausgedehnten Kartoffelbau hinreichende Saatkartoffeln belassen werden.

## Der Ruf nach einem Wirtschaftsplan.

zu Berlin, 29. Januar.

Der Haupthausschluß des Deutschen Städtebundes beschloß sich gestern mit der Erneuerungsfrage und richtete an die Reichsregierung, die dringende Wohnung in einer Entschließung, die geforderte Erneuerung der städtischen Bevölkerung zu sichern und einen umfassenden Wirtschaftsplan einzuführen.

## Nein Staatsbankerott!

zu Berlin wird und geschriften:

Gest Monaten wird und geschriften: In allen Großstädten die lange Drage heimlich erriet, ob Deutschland nicht demokratisch den Staatsbankerott werde erklären müssen. Anschließend planmäßig sind diese Zweifel in leichter Zeit von Elementen, die am plötzlichen Zusammenbruch des Reichs leider ein politisches Interesse haben, weiter verbreitet und fälschlich verfälscht worden. In den letzten Tagen sei sich sogar hier und dort öffentlich vorausgewagt. Wie verhält es sich nun in Wirklichkeit mit dem Staatsbankerott?

Es muß von vornherein zugegeben werden, daß die Reichs- und Staatsfinanzen gegenwärtig trocken sind. Auch die Finanzlage der Städte und Gemeinden ist unerträglich. Es sind nicht nur die riesigen Verpflichtungen, welche zum Teil noch aus dem Kriege herrühren und die der notwendige Wiederaufbau des zusammengebrochenen Wirtschaftslebens außerordentlich verfälscht, wodurch die fraurigen finanziellen Ressourcen verursacht worden sind. Weit noch hat der Mangel an Rohstoffen und die Radikalierung der verbrecherischen feindlichen Blockade dazu beigetragen, daß geordnete Arbeit so schwer wieder in Gang kommen will. Und da es an dieser Arbeit fehlt, so werden auch keine Werte geschaffen, die im Austausch mit den neutralen und feindlichen Ländern die Wirtschaftsfähigkeit Deutschlands und seines Kreises in der Welt wieder herstellen könnten. Die deutsche Wirtschaft ist infolge der innerpolitischen Ereignisse der letzten Zeit neuerdings auf den ungeheuren Betrieb von 4,8 Pfennig im Ausland angelangt. Natürlich könnte auch das reiche Land der Erde bei solchem Zustand der Volkskunst keine umfangreichen Räume an Rohstoffen und Lebensmittel im Auslande zeitigen. Es kommt hingegen, daß die ungeheure Krisenkatastrophe und die Feinde gewollt ausburden wollen, in ihrer Höhe noch gar nicht bekannt ist. So lange aber die Schuldenhöhe eines Staates nicht genau bestimmt werden kann, wird sich auch schwerlich ein Gläubiger finden, der ihm größeren Kredit einträgt.

Es ist also richtig, daß die gegenwärtige finanzielle Lage Deutschlands eine verzweifelte ist. Zugleich gibt das noch keinen Grund zur Erfahrung des Staatsbankerotts. Denn hinter den ungeliebten Schuldenverpflichtungen steht dasselbe deutsche Volk, das während des Krieges finanziell und wirtschaftlich Märchenhaft gelebt hat. Es befindet sich augenblicklich in einem schweren Krankheitszustand. Aber allemal hat noch alle bisherigen Erfahrungen ein Recht anzunehmen, daß es diese Krankheit nicht überwinden werde. Außerdem wollen die feindlichen Mächte unter allen Umständen von Deutschland Entschädigungen herauspressen. Sie werden das nicht können, wenn sie nicht selbst helfen, daß die deutsche Volkswirtschaft wieder gesundet. Gerade in den letzten Tagen kommen Nachrichten aus England, Italien und Amerika, die auf eine Verbesserung dieser Kenntnis hindeuten. Schließlich beginnt sich aber auch trotz aller schlimmen Erfahrungen der letzten Zeit im deutschen Volk selbst ein Wiederaufbaustreben anzukündigen. Man sieht immer mehr ein, daß Arbeit und Vorstand notwendig sind, um wieder hoch zu kommen. Ein Anlauf zu vollendeter Hoffnunglosigkeit, die der Staatsbankerott bedeuten würde, ist also noch nicht gegeben.

## Ein Einlullen der Entente-politik gegenüber

Tsentralmacht

Schaut für die nächste Zukunft nicht ganz außerhalb des Bereichs des Möglichen zu liegen. Awar hat die Pariser Vertreterkonferenz soeben erst den Beschluss gefasst, eine zweite Note wegen der Auslieferung des Kaisers an Holland zu richten, aber man darf auf Grund der mancherlei ganz anders gearteten Anzeichen doch wohl annehmen, daß dieser im Kreise der Diplomaten anscheinbare Beschluss des Hauses mit den Wählern weitester Volkskreise in England und Frankreich nicht übereinkommt. Die bare Unmöglichkeit, die unsinnigen Bestimmungen des Verfaßten Friedensvertrages in die Wirklichkeit umzuleben, die Gefahr, daß der Friede das für den Weltmarkt unumgängliche notwendige Wirtschaftsleben Deutschlands vollständig vernichtet, das offenbar momentan die grundsätzlich interessierten Kreise des Handels und der Industrie, sowie der mit ihr auf Gebiet und Verbreich verwachsenen Arbeiterschaft gegen eine leidbetroffene Nebenbank des Bogen auf die Beine gebracht. Und die energetischen Bewegungen dieser Kreise haben augenscheinlich auch auf die weitesten östlichen und westlichen erheblich bremsend eingewirkt. So bewußt die Weltmeister Gazette, Lloyd George sei mit einer Neuorientierung aus Warschau zurückgekommen. Er habe eingesehen, daß die Strafbestimmungen des Friedensvertrages fallen gelassen werden müssen und sei überzeugt, daß Mitteleuropa dem freien Handel wieder gedient werden müsse. Dies ist nur möglich, wenn der Friede Deutschlands wieder hergestellt werde. Der erste Schritt werde vielleicht eine große Auseinandersetzung mit Deutschland sein. Die Weltmeister Gazette meint, daß diese Neuorientierung auch Änderungen in den Bestimmungen über die Wiederannahme nach sich ziehen könnte. Won darf es sicher nicht als einen Anfall betrachten, daß fast gleichzeitig der englische Unterrichtsminister Hitler in einer Rede zu Brighton sagte: Das Gelingen des Widerstands hänge von der öffentlichen Meinung der Welt ab; auf diese wiederum könnte die öffentliche Meinung Englands den größten Einfluß ausüben. Es ist klar, daß der Friedensvertrag vom Standpunkt der zwischenmenschlichen Erfahrungen aus überprüft werden müsse. Der Widerstand werde die entscheidende Körperschaft sein, die eine solche Änderung vornehmen könnte. Von uns Deutschen müssen freilich bei einer solchen Regelung mit einem Rückstand der

## Streik sächsischer Bergarbeiter.

Ausstand im Oelsnitz-Hohndorfer Revier.

zu Oberseitz, Erzgebirge, 28. Januar.

Befürchtet war dem betriebslichen Verein von der kommunalen Bergarbeiterallianz zur Erfüllung der neuen Förderungen ein Subtermin bis zum heutigen Tage, den 28. Januar, nicht mehr. Die Kommunale forderten z. B. Förderungsbetriebe von 1900 tlf., 12 tlf. Schmelze und Schmelzenförderung. Da der betriebsliche Verein diesem Ultimatum nicht entsprach, hat diese ferner die Bergarbeiter des Oelsnitz-Hohndorfer Reviers in den Ausschub gesetzt, so u. a. auf dem Platzmarkt, auf Gleise nach Neuriederschönau, auf dem Platz Görlitz, Glauchau und anderen Orten der Gewerkschaft Deutschland-Döbeln. Es wird damit gesichert, daß der Streik im Laufe des heutigen Tages noch weitere Ausdehnung gewinnt.

Eingreifen der sozialen Rettung.

Um die Gruben nicht erlaufen zu lassen, ist die soziale Rettung in Wirklichkeit getreten, die von den Betriebsleuten schon zu hören versucht wurde. Wie wir erfahren, wird an ausständiger Stelle in Erwägung gezogen, daß Streitgebiet schnellstmöglich militärisch besetzt zu lassen, um die von der technischen Rettung für die Erhaltung der Gruben geleistete Arbeit sichern zu helfen.

Das lästige Arbeitsministerium lehnt die Einführung der Schmelzenförderung und die Anerkennung der Bergarbeiterunion entschieden ab.

## Stilllegung der Leipziger Gaswerke.

Da die Leipziger Gaswerke mit Kohlen aus dem Oelsnitz-Großauer Revier gespeist werden und keinerlei Vorräte vorhanden sind, so steht eine gänzliche Stilllegung der Leipziger Gaswerke in drohender Nähe. Aller Vorausicht nach wird das Ergebnis nur dadurch zu verhindern sein, daß eine weitere Verschärfung der Gaspreise eintrete.

## Verhaftung der Kommunistischen Clasen.

Die Kommunistische Clasen, die im Bezirk Zwischen den Jahren Berksammlungen der Kommunistischen Partei gehalten hatte, wurde, wie jetzt bekannt wird, am Montag abend 21 Uhr, von einer Versammlung in Lichtenstein kommend, auf dem Lichtensteiner Berg verhaftet. Die Bekanntnommene befindet sich auf der Festung Königstein. Die Kommunistische Partei hat nach Bekanntwerden des Aufenthalts der Bekanntnommnen an alle Arbeiterausschüsse die Aufforderung zu einem Protestkreis ergeben lassen.

Der Chemnitzer Sozialist Heinrich Brandner ist nach einer Meldung der Mannheimer Noten Fähre mit vierundzwanzig seiner Freunde im Rheinlande verhaftet und in das Gefängnis von Berlin eingeliefert worden.

## Aufruf an die Bergarbeiter im Ruhrrevier.

zu Eisen, 29. Januar.

Der Reichskommissar Sebinger wendet sich in einem Aufruf an die Bergarbeiter, in welchem er zunächst einen Überblick über die durch den Kohlemangel hervorgerufene Notlage im Reiche gibt und unter Hinweis der Beschaffung der Gewerkschaften die Frage der Schmelzenförderung international zu regeln erklärt. Die Regierung werde mit unbedingter Strenge gegen alle diejenigen vorgehen, die trotz der Notlage des Reiches die Kohlenförderung zu unterbinden drohen. Es warn die Bergarbeiter vor jedem Verlust, die Einführung der Schmelzenförderung zu erwarten. Streiks seien von vornherein aussichtslos, da mit Teilnehmern an einem wilden Streik nicht verhandelt

zu verhindern werden, daß zur Vornahme der Anerkennungen nur ein willkürlicher, auf Gleichberechtigung aufgebauter Pösterbund in Frage kommen kann, nicht jedoch eine Institution, deren eigentliche Aufgabe darin besteht, England und Frankreichs Diktatur über Europa für alle Zukunft sicher zu stellen.

## Die militärische Lage in Russland.

\* Berlin, 28. Januar.

Dem „B. Z.“ wird aus dem Haag gemeldet: Das englische Kriegsministerium gibt einen Überblick über die militärische Lage in Russland und Sibirien, und zwar zum erstenmal in zusammenhängender Form:

„Die lettische Offensive, die am 4. Januar begann, ist 40 Meilen vorgetragen und hat bis jetzt 13.000 Gefangene, einige Kanonen, Maschinengewehre und einen Panzerzug ergeben. Die Spannung zwischen Polen und Litauen äußert sich im Grenzgefecht. In Nowosyossi ist jetzt das Hauptquartier Denitsch. Der polnisch-denitschische Fronten gegen Polen ist durch Gegenseitigkeit von Kavallerie möglich der Voronezh-Rostow-Eisenbahn von den Polen zerstört worden. Dadurch wurde die Don-Armee nach Süden geschlagen und die Armeen der Freiwilligen gewannen sich zurück. Beide Armeen gelang es mit Mühe, sich hinter den Don zurückzuziehen, die Gar zu erreichen und sich einzigermaßen zu reorganisieren, während die polnisch-sowjetische Streitkräfte zum Teil zerstört waren. Infolge von schweren Verlusten des Don konnten sich die Don- und Kuban-Armee einigermaßen wieder ergänzen, und sie haben neuwiedergeworden wieder die Hälfte der Don- und Kuban-Soldaten erhalten. Jetzt steht Denitsch-Armee an der Eisenbahnlinie von Uman nach Tschopischgorod, und dann weiter bis zur Nordwestseite des Kaukasus-Massivs, wodurch die Armee gedeckt ist. Die polnischen Armeen haben eine große Umgebungsbewegung an der Westküste des Kaspiischen Meeres eingeleitet, die nach Meinung des englischen Generals gefährlich werden kann. Sehr viel hängt von der Hilfe ab, die Denitsch von der Bevölkerung für seine Leute erhält. Das Denitsch gesellschaftlich große Materialverluste erlitten hat, läßt sich nicht bestreiten.“

In Sibirien ist die Geschwindigkeit des polnischen Vormarsches ebenfalls am Abwärtsen. Die polnischen Armeen sind bereit, abzumarschieren, daß die inneren Unruhen im Osten und Westen Sibiriens sich entwideln. Die demokratische Partei in Irkutsk will eine neue Regierung bilden mit dem Programm, daß der Bruderkrieg aufhören und die antiherrschaftliche Konsolidation und die antiherrschaftliche Konsolidation der polnischen Armeen aufzuhören und die polnischen Armeen aufzuhören werden soll. In Turkestan werden die polnisch-sowjetischen Armeen von Kasachstan aus zurückgedrängt. Es wird versucht, die Soldaten aus Verbindung ihrer inneren Unruhen zu trennen, um Seiten im russischen Bürgerkrieg zu wählen, um Seiten im russischen Bürgerkrieg zu wählen.

Unterstützung für Polen gegen Sovjetrussland.

zu Basel, 29. Januar.

Das Werk wird gemeldet: Nach und die offiziellen Nachrichten werden von der Hochschulberaterkonferenz erläutert. Die Hochschulberaterkonferenz erläutert, daß die polnischen Armeen gegen sowjetische Truppen auf dem polnischen Gebiet einmarschiert sind, um die polnischen Truppen auf dem polnischen Gebiet einzuschließen. Eine polnisch-sowjetische Konfrontation

und die von den Bergarbeitern erworbenen Rechte, wie das auf Urlaub, verloren gehen. Politische Rettung würde mit Ausplausung beantwortet werden. Die erwogene Ausplausung habe für die Anführer sofortige Verhaftung und schwere Strafen zur Folge. Eine Entlastung werde nur denjenigen wieder gestattet, die sich zur Leistung des siebenbürgischen Schicksal bereit erklärt. Die Regierung führt die Urheber wilder Streitbewegungen nicht mehr vor Regulierungen. Sie werde in jedem Falle in der schärfsten Weise gegen Siedler vorgehen.

## Der rote Volkszugrat.

Irgendeines der allgemeinen Schuldenttagen.

Der Berliner rote Volkszugrat hat die Zeitung der Nation im Reich für den Schuldenttag in Industrie und Landwirtschaft in seiner Sonntagsausgabe übernommen. Der Beitrug des roten Volkszuges bezeichnet den Schuldenttag als Etappe im Kampf um weitere allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit des Proletariats.

## Zur Schließung der Eisenbahnwerkstätten.

zu Berlin, 28. Januar.

Bis zum Mittag, dem ersten Tage, an dem sich die Arbeiter der geschlossenen Eisenbahnwerkstätten zur Einsetzung unter den neuen Arbeitsbedingungen melden durften, hatten sich bei jeder der geschlossenen Berliner und Bremer Werkstätten sowie in Ried bereits mehrere Hundert von Arbeitern gemeldet. In Schönbäck lagen 70 Melbungen vor. Aus einigen Werkstätten fehlten noch Nachrichten. In Salbke, Magdeburg und Jena hatten die zentralen Elemente besondere Vorlesungen getroffen, um die aus hier zahlreichen arbeitswilligen Arbeitern an der Arbeitswilligen ist überall gefordert.

Ram Schließung der Eisenbahnwerkstätten haben sich dem Eisenbahnministerium von verschiedenen Seiten Arbeitsgemeinschaften nach dem Muster der von Hauptmann Schmude gegründeten angeboten, um die Arbeit in den geschlossenen Werkstätten zu übernehmen. Den Arbeitsgemeinschaften stehen sachverständige Führer und in den Angehörigen der früheren technischen und Eisenbahngesellschaften aus geeigneten Arbeitskräften in ausreichender Zahl zur Verfügung. Das Eisenbahnministerium in diesen Angeboten einwilligen noch nicht näher getreten.

## Neue Trockenungen der Eisenbahner.

In zahlreichen Eisenbahnverhältnissen des Direktionsbezirks Berlin droht die Riedner mit der Stilllegung des gesamten deutscher Eisenbahnverkehrs zum 15. Februar, falls bis dahin der Vertrag über die Schließung der Betriebswerkstätten nicht aufgehoben wäre.

In einer Versammlung der Eisenbahnarbeiter in Bremen wurde beschlossen, sofern im Ausstand zu verharren, bis alle Arbeiter wieder eingestellt werden.

## Kreis der Mühlener Arbeiter in Sicht!

Im Regierungsbereich Merseburg (mit Halle) droht für die nächsten Tage ein Ausstand der Mühlener Arbeiter.

## Regelung des allgemeinen Arbeitsrechts.

Im preußischen Landesversammlung wurde gestern der Antrag Friedberg auf Regelung des allgemeinen Arbeitsrechts und der Schiedsgerichtsbarkeit angenommen.

in Kabul in Afghanistan eingetroffen und mit großen Feierlichkeiten empfangen worden. Es sollen sich ebenfalls drei Abgeordnete aus Konstantinopel dort befinden. Vor allem liegt im Auftrag der eigentlichen Gesellschaft, und durchschnittlich haben die Botschaften dort Erfolg.

## Wenn die Außenblöcke fällt.

Der Entente-Block auf Auflösung der Bölkow-Blöcke nötigt Deutschland, der Wiederbelebung seiner Handelsbeziehungen zu Russland ernsteste Aufmerksamkeit zu widmen. Unsere Rolle im überseeischen Warenverkehr wird auf genaue Zeit hinzu nur eine bescheidene sein können, schon deshalb, weil wir der eigenen Handelsflotte verlustig gegangen sind, wozu sich die Lähmung der export-industriellen Erzeugung durch Kohlemangel und Arbeitsunlust gefügt. Russland gegenüber liegen die Verhältnisse so, daß für die deutsche Ausfuhr allerdings nur eine begrenzte Anzahl von Artikeln in Frage kommt, vor allem landwirtschaftliche Produkte, wobei aber mit einem außerordentlich starken Aufnahmedürftnis zu rechnen ist. Bei angemessener Kohlenbeschaffung der einschlägigen deutschen Fabriken würde sich sehr bald ein reges Geschäft mit Russland entwickeln, zumal zweitelloos langjährig vor dem Krieg bestandene Geschäftsverbindungen hier wieder wiederhergestellt werden müssen. Denn die Industrie Polens ist noch so wenig entwickelt, daß sie mit deutschen Erzeugnissen nicht entfernt in Wettbewerb treten kann. Indessen die englischen und amerikanischen, wohl auch die spanischen Ausfuhrfirmen werden die größten Anstrengungen machen, den russischen Markt mit Belegschaft zu besetzen, sobald die Blöcke gelöst sind, und die Möglichkeit, von vornherein in den Hintergrund gedrängt zu werden, ist für deutsche Erzeugnisse unbestimbar vorherrschend. Die Bedeutung dieser Angelegenheit wird von der Regierung denn auch nicht verkannt; sie ist in Beratungen mit Interessenten eingetreten, um sich darüber schlüssig zu machen, was zu geschehen hat, damit die deutsche Außenblöcke gegenüber Russland nicht schwere Beeinträchtigung erleidet. Auf sachgemäßen Rat dürfte hier in der Tat viel ankommen, und eine so weitgehende Kenntnis des Rotenbünden sich bei berücksichtigen lassen, daß wenn die Frage bis zum Beginn handelspolitischer Verhandlungen mit russischen Regierungsvertretern gedeckt ist, und die Röder, von vornherein in den Hintergrund gedrängt zu werden, ist für deutsche Erzeugnisse unbestimbar vorherrschend. Die Bedeutung dieser Angelegenheit wird von der Regierung denn auch nicht verkannt; sie ist in Beratungen mit Interessenten eingetreten, um sich darüber schlüssig zu machen, was zu geschehen hat, damit die deutsche Außenblöcke gegenüber Russland nicht schwere Beeinträchtigung erleidet. Auf sachgemäßen Rat dürfte hier in der Tat viel ankommen, und eine so weitgehende Kenntnis des Rotenbünden sich bei berücksichtigen lassen, daß wenn die Frage bis zum Beginn handelspolitischer Verhandlungen mit russischen Regierungsvertretern gedeckt ist, und die Röder, von vornherein in den Hintergrund gedrängt zu werden, ist für deutsche Erzeugnisse unbestimbar vorherrschend. Die Bedeutung dieser Angelegenheit wird von der Regierung denn auch nicht verkannt; sie ist in Beratungen mit Interessenten eingetreten, um sich darüber schlüssig zu machen, was zu geschehen hat, damit die deutsche Außenblöcke gegenüber Russland nicht schwere Beeinträchtigung erleidet. Auf sachgemäßen Rat dürfte hier in der Tat viel ankommen, und eine so weitgehende Kenntnis des Rotenbünden sich bei berücksichtigen lassen, daß wenn die Frage bis zum Beginn handelspolitischer Verhandlungen mit russischen Regierungsvertretern gedeckt ist, und die Röder, von vornherein in den Hintergrund gedrängt zu werden, ist für deutsche Erzeugnisse unbestimbar vorherrschend. Die Bedeutung dieser Angelegenheit wird von der Regierung denn auch nicht verkannt; sie ist in Beratungen mit Interessenten eingetreten, um sich darüber schlüssig zu machen, was zu geschehen hat, damit die deutsche Außenblöcke gegenüber Russland nicht schwere Beeinträchtigung erleidet. Auf sachgemäßen Rat dürfte hier in der Tat viel ankommen, und eine so weitgehende Kenntnis des Rotenbünden sich bei berücksichtigen lassen, daß wenn die Frage bis zum Beginn handelspolitischer Verhandlungen mit russischen Regierungsvertretern gedeckt ist, und die Röder, von vornherein in den Hintergrund gedrängt zu werden, ist für deutsche Erzeugnisse unbestimbar vorherrschend. Die Bedeutung dieser Angelegenheit wird von der Regierung denn auch nicht verkannt; sie ist in Beratungen mit Interessenten eingetreten, um sich darüber schlüssig zu machen, was zu geschehen hat, damit die deutsche Außenblöcke gegenüber Russland nicht schwere Beeinträchtigung erleidet. Auf sachgemäßen Rat dürfte hier in der Tat viel ankommen, und eine so weitgehende Kenntnis des Rotenbünden sich bei berücksichtigen lassen, daß wenn die Frage bis zum Beginn handelspolitischer Verhandlungen mit russischen Regierungsvertretern gedeckt ist, und die Röder, von vornherein in den Hintergrund gedrängt zu werden, ist für deutsche Erzeugnisse unbestimbar vorherrschend. Die Bedeutung dieser Angelegenheit wird von der Regierung denn auch nicht verkannt; sie ist in Beratungen mit Interessenten eingetreten, um sich darüber schlüssig zu machen, was zu geschehen hat, damit die deutsche Außenblöcke gegenüber Russland nicht schwere Beeinträchtigung erleidet. Auf sachgemäßen Rat dürfte hier in der Tat viel ankommen, und eine so weitgehende Kenntnis des Rotenbünden sich bei

der „Ostago Tribune“ das der polnische Minister für austwärtige Angelegenheiten Patel der Reichskanzler einen Brief übermittelte, in dem er die Kämpferlosen der alliierten Truppen auf die bolschewistische Bedrohung Polens leitete.

#### Schlussziehung des russischen Friedensvertrags.

Wien, 29. Januar.

Wie die „Neue Freie Presse“ aus Nürnberg-Ostau meldet, wird aus Warschau berichtet: Da die polnische Regierung auf das bolschewistische Friedensangebot bisher nicht antwortete, hat die russische Sowjetregierung in einem Sunspurk „An alle“ mitgeteilt, daß sie ihr Friedensangebot an Polen zurückzieht und dasselbe als nicht bestehend betrachtet.

#### Die Verhandlungen in Kopenhagen.

Raut „Neue Rotterdamsche Courant“ hat jetzt die Sowjetregierung die britische Regierung erfuhr, die Verhandlungen zwischen Wittekind und Oskar nach einem anderen Bande zu verlegen. Die Bolschewiten würden gerne sehen, daß die Verhandlungen in Stockholm fortgesetzt werden.

#### Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Geschäftsleiter im Gefinden Erzberger. Gestern Abend trat im Gefinden des Reichsfinanzministers wieder eine kleine Verschämung ein. Die Temperatur stieg auf 27, der Puls auf 128. Die Schwäche nahm derart zu, daß Unterstaatssekretär Mössle, der den Minister in wichtigen Geschäftsräumen zu sprechen wünschte, nur für kurze Zeit empfangen werden konnte. Der Patient muß außerordentlich gesucht werden, um vorerst die Schwäche zu überwinden. Prof. Dr. Bleich, der gestern bis gegen 11 Uhr nichts am Krankenlager wußte, hofft, daß es gelingen wird, den Schwächezugstand zu beheben. — Weder die Verteidigung Hellebergs noch die Rechtsvertretung Erzbergers rechnet mit einer Fortsetzung des Prozesses. Nach dem Bericht des Urtes ist Erzberger in absehbarer Zeit nicht verhandlungsfähig. Die Verlängerung des Prozesses auf unbestimmte Zeit ist schon heute als Tatsache anzusehen. Erzberger hatte schon seit Wochen Drohbriefe erhalten und deshalb den Schutz durch Kriminalbeamte während der Verhandlungsdauer vom Polizeipräsidenten nachgefordert.

Die Auslieferungsfrage. Der „Tempo“ meldet: Die Montagsitzung der Alliierten hat die Anträge Frankreichs und Englands angenommen. Die Einigung der Alliierten in der Auslieferungsfrage ist eine vollständige. Die Annahme Hollands in den Völkerbund wird von der Erledigung der Auslieferung abhängen. — In London besteht die Absicht, steinerlei wirtschaftlichen Druck auf Holland auszuüben, die Auslieferung des Kaisers auszuüben. Es soll beschlossen werden, den Kaiser in Abwesenheit zu verurteilen. — Der Observator Romano vom 25. Januar schreibt, daß die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers und der Brüder gegen ihn, im Norden elementarer moderner Strafrechtswohlstand angelehnt, eine Ungeheuerlichkeit wäre. Hoffentlich hätte sich die italienische Regierung an der Stellung dieses Antrages nicht beteiligt. — Lansing erklärte in einer Verkündung in Boston, Amerika werde sich in der Frage der Auslieferung des Kaisers niemals den Alliierten anschließen. Nur mit Gewalt sei eine Auslieferung zu erwarten.

Deutsche Rückwuchstelegramme zu Kaisers Geburtstag. Nach dem „R. R. C.“ sind dem ehemaligen deutschen Kaiser vorgestellt aus Anlaß seines Geburtstages viele Telegramme aus Deutschland und zahlreiche Blumenspenden ausgegangen. Voriger Abend wurde auf Stoß Amerikaner einen Festessen gegeben.

Neue Forderungen der Müllkutscher. Die Berliner Müllkutscher, die gegenwärtig ein Einkommen haben, um das sie mancher hoher Beamter beneidet, sind mit ihren Böhnen nicht mehr zufrieden. Sie verlangen eine wöchent-

liche Zulage von 50 Mark! Da eine Verhandlung wurde befohlen, den Reichsfinanzminister Groß-Berlin mit der Regelung des Sozialabdringens zu beauftragen. Die Müllkutscher haben jetzt Anfangsabende von 100 Mark die Woche; ferner erhalten sie für Unauslastung die Summe 5 Mark und ähnlich hohe Entgelte. Das Einkommen eines Müllkutschers beträgt demnach jetzt bereits rund 200 Mark wöchentlich.

#### Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Am Mittwoch stand am Dienstag eine Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes und Parteiausschusses unter Beteiligung der Schriftsteller der Parteipresse statt, die außerordentlich stark besucht war. Anwesend waren auf Einladung auch der Reichspräsident, der Reichskanzler und die sozialdemokratischen Reichsminister. Der Vorstand hatte selbst, der erklärte, seit dem Weißgerber-Vorfall sei jede Einigung mit den Unabhängigen unmöglich. Unter Hinweis auf die blutigen Ereignisse des 18. Januar erklärte der Redner, die ganze Politik der Unabhängigen habe darin, den letzten Rest der deutschen Wirtschaftskraft zu zerstören. Die Sozialdemokraten müßten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln das deutsche Volk vor dem Chaos retten, wobei es selbst auf die Gefahr einer Wahlunterlage hin. Am Schlusshinweis wies Rothe die Unabhängigen seine Militärvorwürfe und die allgemeine Regierungspolitik scharf zurück. Er leute erneut die Grundidee, daß die er beim Aufstand der Reichswehr erfolgt, und verlangte von der Parteipresse, daß sie dafür sorge, daß sich auch Sohne von Parteigenossen zum 12-jährigen Dienst in der Reichswehr verpflichten. Am Schlusshinweis gab er der Überzeugung Ausdruck, daß die Reichswehr unbedingt den Beschlüssen der Regierung folgen werde. Reichskanzler Bauer erklärte, die Regierung werde zum Schutze des deutschen Wirtschaftslebens gegen Gewalt notwendigerfalls vor seinem Gewaltmittel zurücktreten. Finanzwirtschaftsminister Schmid erörterte ausführlich die Wirtschaftslage, die er trotz allem nicht schwarz ansieht, wenn es gelingt, die Kohlenproduktion zu steigern. Die Aufhebung der Exportförderung wies er erneut nochmehrlich zurück. In der Debatte kam zum Ausdruck, daß die überwältigende Mehrheit der Parteigenossen die Haltung der Regierung, namentlich ihr energisches Vorgehen gegen Wuthe, unbedingt billigt und daß sich die Parteigenossenschaft verschlossen hinter die Regierung stellen wird.

Haltentlassung. Der vor einigen Tagen unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftete Vorsteher der unabkömmligen sozialdemokratischen Partei in Frankfurt a. M. Röcke, ist laut „Vorwärts“ aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Stillelegung der Vulkanwerft. Die Vulkanwerft begann seit gestern vollständigen Stillstand zu erleben, vom 28. Januar ab ihr Werk vollständig bis auf weiteres zu schließen.

Der Schiffsbau im Jahre 1919. Nach Londons Ansicht betrug die Weltproduktion an Schiffen im Jahre 1919 sieben Millionen Tonnen, was gegenüber dem Jahre 1918 eine Vermehrung von vier Millionen darstellt. England baute 1 600 000 Tonnen, Amerika vier Millionen Tonnen.

#### Frankreich.

Streik im Pariser Schlachthof. Die Angestellten des Pariser Schlachthofs befinden sich im Streik.

#### Anden.

Die Lage in Bombay erinnert. Den englischen Blättern vom 26. dieses Monats zufolge ist die Lage in Bombay infolge des Streiks der Fabrik- und Dokarbeiter ernst. Im Fabrikteil der Stadt wurden die Läden von der Menge geplündert. Die Straßenbahnwagen wurden mit Steinen beworfen. Polizei und Truppen mußten einschreiten. Durch Schüsse wurde ein Arbeiter getötet und mehrere verwundet.

#### Sitzung der sächsischen Volkskammer.

Vor Eintritt in die Tagessitzung erläutert Unterstaatsminister Dr. Gessert, daß er die Vertreibung des erfahrenden Finanzministers übernommen habe und bringt die besten Wünsche für dessen baldige Genesung zum Ausdruck.

Abg. Justiz Die Zusammensetzung der Kommission zu den Staatsanwaltschaften für 1919/20 und zum Zwischenhaushalt sind für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1920 und der Haushalt für den entsprechenden Finanzjahr.

Ministerialdirektor Dr. Hart führt zur Gründung der Volksbank an, daß die Bevölkerungsabteilung und die Zeuerungsabteilung eine außerordentlich schwere Belastung des Staatshaushaltss aufstellen. Die einmaligen Beleihungen der Staatshaushaltss würden zwar vom Reiche erkannt, daß an diesem Zweck aufzuhören aufzunehmen. Die Sitten dieser Maßnahmen müßte jedoch Kosten mit beziehen. Der auf Kosten entfallende Anteil an diesen Sittenaufwendungen werde von den sächsischen Einkommenssteuer im Abzug gebracht.

Die vorliegenden Anträge schließen mit über 80 Millionen Mark ab, welche Zahl der Reichen für einen Staat wie Sachsen als fürchtbar bezeichnet. Unsere Eisenbahnen haben Anfang Januar 1 600 Millionen Mark bezogen und werden bis Ende März auf 1 800 Millionen Mark angewachsen sein. Diese fürchtbar erneute Feste werde von breiten Kreisen des Volkes noch lange nicht in der geübten Weise erkannt und gewürdig. Noch unter ander und Enkel würden unter den Folgen unserer gegenwärtigen Wirtschaftspolitik zu leiden haben. Die Aussichten für die Zukunft seien sehr ungünstig. Die neue Besoldungsreform werde und kann billiger Arbeitskräfte bringen und die Übernahme der Steuerhoheit der Eisenbahnen und der Eisenbahnen auf das Reich sei ebenfalls nicht in diesem Sinne anzusehen. Ob die Schwierigkeiten dieser Übernahme bis 1. April d. J. beseitigt werden könnten, steht noch nicht fest. Wenn dies nicht möglich sei, so werde doch vom 1. April an der Betrieb zu Lasten des Reiches gehen. Als Ziel der Übernahme werde festzuhalten sein, daß die Interessen der Staatsgläubiger und des Reiches gewahrt bleiben. Das Reich müßte als Gegenleistung für die Übernahme der Eisenbahnen die gesamten Schulden des Staates übernehmen, da und mit den Eisenbahnen die wesentliche Unterlage unseres künftigen Staatskredits genommen wird. Die außerordentliche Steuererhöhung der Staatsausgaben möge eine Erhöhung der Einkommenssteuer für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. März zur gebotenen Pflicht. Zur Sanierung unseres Finanzwesens werde auch damit nur ein kleiner Schritt getan. Das Bekennen der Regierung müsse in Zukunft dahin gehen, die Einnahmen zu steigern und die Ausgaben zu verringern. Bei dem Vorfall von Steuern und Bahnen bleibe nur übrig, die generellen Anlagen des Staates auf eine ganz andere Grundlage zu stellen. Es müsse eine Verminderung der Beamtenzahl eintreten; mit der Besoldungsreform müsse eine Personalreform verbunden werden. Wenn der Bergmann unter Tage 7 Stunden arbeitet, könne man vom Beamten 8 Stunden erwarten.

Abg. Koch (Dem.) stimmt den Ausführungen des Regierungsvorsteigers zu, erklärt jedoch die Abwendung gegen die Reichsmahnmahmen und die Neuer nicht teilen zu können.

Abg. Dr. Hart (D. P. P.) geht ausführlich auf die eingangs Skizzierte ein, besitzt die sich ergebenden Möglichkeiten und erklärt, seine Fraktion werde die Absicht der Regierung, die Einnahmen zu steigern und die Ausgaben zu verringern, willig unterstützen. Der vorliegende Entwurf lasse jedoch von einer Regelung zur Verringerung der Ausgaben noch nicht viel erkennen.

Abg. Dr. Kießner (D. P. P.) bringt ebenfalls zum Ausdruck, daß die vorliegenden Nachträge vom Sparamt nicht viel erkennen ließen.

Nach weiterer un wesentlicher Debatte beschließt die Kammer die Überweisung der Vorlagen an die Einkommensausschüsse A und B. Weiter beschließt die Kammer einstimmig, entsprechend dem Antrag des Gesetzesausschusses die Regierung zu erlauben, die der Verordnung vom 15. August 1904 beigegebene Standesordnung aufzulösen und die Ehrengerichtsordnung zu ändern.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 29. Januar, mittags 1 Uhr. Tagordnung: Erneuerung der Einkommenssteuer. Interpellation des Abg. Beutler über die Vorgänge auf dem Chemnitzer Hauptbahnhof am 8. August 1918 und des Abg. Bühring über den Ausnahmestand und die Betriebsverboten.

## Laden gesucht.

### Bei einer größeren Spezialfirma

wird per sofort oder später zur Einrichtung einer Filiale ein Laden mit oder ohne Wohnung gesucht.

Offerte mit näheren Angaben u. ff. W. 436 an Rudolf Röse, Berlin W. 8, Leipzigerstr. 103.

### 300 Mark Belohnung!

In der Nacht vom 27. zum 28. Januar wurde in unterem Friedrichgrundstückstrasse Hugo Richter-Reinweida ein

### Kreditstreitriemen

ca. 9 Meter lang, 36 cm breit, 18 mm stark,

### gestohlen.

Der Auftrag wird gewarnt. Für Ermittlung der Diebe zahlen wir obige Belohnung und bitten etwaige Bewohnerungen der zuständigen Gendarmeriestation, Fabrikationsort ob. Riesa, Richterstr. 1 zu melden zu wollen.

### Rörelat u. Röhme.

Brasser, wollener Handtuch, neu, in der Weißauer Straße verloren. Gegen 5 Mark Kinderlohn abzugeben Albertstraße 2.

### Berloren

Reiseflaschen am Dienstag abend an der Pionierstraße. Gegen gute Belohnung abzugeben Schleswig 25, p.

Schwarzes Damen-Packtasche-Monogramm in. Inh. Dienstag abend Nähe Görlitz verloren. Gegen Belohnung abzugeben Paulsche Str. 20.

### Zwei Hunde

kleiner Schäferhund und großer Boxer entlaufen. Rücksicht gegen Belohnung abzugeben Schleswigsche Zeitung.

## Pfefferkugeln Saure Gurken

empfiehlt sood- und schwed.

h. Grubel, Bismarckstr. 35a. Telefon 261.

## Zeiss Marine-

Glas, 6>80 ob. Roctar 7>50,4 gebr. ab. tabell. erh. in Leberfutteral kaufen H. Schaeffer, Dresden 21 Gustav-Preysingstraße 80.

Miesa. Zur Freitag, den 30. Januar Miesa.

zähle ich noch nie dagewesene Preise für

Alte Gebisse Gold Silber

## Platin

sowie einzelne zerbrochene Zahne. Kein Verkaufswang! Runden von auswärts Zahlergütigung. Giuliano nur einen Tag von 9 bis 6 Uhr abends im Hotel Metropol, Zimmer 8.

Ein Zuchtgänserich zu kaufen gesucht.

## Ein schönes Rubbel zu verkaufen

Weißauer Str. 8.

Empfehl. 3. Decken v. Säuen jeder Größe

1 Weißauer Zuchtleber.

Auch ist schönes Eberfleck zu kaufen. Kirchen, Danzig.

## 2 Kanarienweibchen

Der Zucht, verkauft abverkauft gegen guten Deckenhahn. Rabe est. zu. Wih., Greif., Oppeln Nr. 13e.

Ein Zuchtgänserich zu kaufen gesucht.

Wühle Grädel b. Miesa.

3 Dreißiger- und

## 1 Bierzöllerwagen zu verkaufen

Hubraedt. Janké, Oppeln.

Achtung.

Wegen Blasenmangel ist eine schwere große Wäschekette gesucht. Off. unt. K. P. 4360 an das Tgl. Miesa erbeten.

Gebrauchter Kleiderschrank zu kaufen. So erfragen im Tageblatt Miesa.

Gebra. Lade zu verkaufen.

Einige alte Wolldecken und Schuhe.

Handtuch, Mantel.

Decken und Wolldecke preiswert zu verkaufen.

Grebb., Steinstraße 18.

4, m. Schwarz gef. Täll. an einem Stück, passend zur Sonnzeit, für 110 W. verff.

Im erst. im Tageblatt Miesa.

Gebra. Kommode aus Birkenholz zu kaufen.

aus Birkenholz zu kaufen.

Off. unt. K. P. 4360 an das Tgl. Miesa erbeten.

Gebrauchter Kleiderschrank zu kaufen. So erfragen im Tageblatt Miesa.

Gebra. Lade zu verkaufen.

Einige alte Wolldecken und

oder Schuhe.

Decken und Wolldecke preiswert zu kaufen.

Grebb., Steinstraße 18.

4, m. Schwarz gef. Täll. zu verkaufen.

an einem Stück, passend zur Sonnzeit, für 110 W. verff.

Im erst. im Tageblatt Miesa.

Gummiphon mit Blätter, noch neu, billig zu verkaufen. 80114422

Wolldecke Nr. 37, 2.

## Stenotypisten

für sofortigen Auftritt gesucht. Bewerbungsschreiben, sowie Bezeugnisse abzugeben unter K. P. 4360 an das Tageblatt Miesa.

Student, schub. Oberreal.

&lt;